

Große Kreisstadt Backnang

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse

des Gemeinderates

vom 09.12.2021

Sitzung: Öffentlich

Beginn: 17:07 Uhr

Ende: 21:40 Uhr

Zahl der Mitglieder des Gemeinderats: 26

Anwesend: Oberbürgermeister Friedrich als Vorsitzender
Erster Bürgermeister Janocha

und 25 Gemeinderatsmitglieder

Anwesend:

StR Bauer
StR Degler
StR Dobler
StR Dyken
StR'in Eusebi
StR Franke
StR Gül
StR Härtner
StR Häußler
StR Hettich
StR Dr. Ketterer
StR'in Kirschbaum
StR'in Klinghoffer
StR'in Konrad
StR'in Kutteroff
StR Lachenmaier
StR'in Lohrmann
StR Malcher

StR'in Ribbeck
StR Rupp
StR Scheib
StR Dr. Schweizer
StR'in Sturm
StR'in Täpsi-Kleinpeter
StR'in Dr. Ulfert

Abwesend:

StR Demir

Außerdem anwesend:

Herr Baudezernent Setzer
Frau Blumer
Herr Großmann
Herr Kaltenleitner
Herr Mäule
Herr Ellrott
Frau Wüllenweber
Herr Zipf
Herr Nathan
Frau Groß
Frau Braun, Katharina

Zur Beurkundung

**Oberbürgermeister
Friedrich:**

Für den Gemeinderat:

Schriftführer:

Tagesordnung

- § 115 Verabschiedung der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2022, des Finanzplans mit Investitionsprogramm 2021 – 2025 der Stadt Backnang, sowie der Wirtschaftsplan 2022 des Eigenbetriebs Stadtentwässerung Backnang und des Eigenbetriebs Baulandentwicklung
- § 116 Verlängerung des Stadtticket Backnang für den Linienbusverkehr innerhalb des Stadtgebietes
- § 117 Anfragen

Große Kreisstadt Backnang

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Gemeinderates am 9. Dezember 2021 -Öffentlich-	Anwesend: Oberbürgermeister Friedrich Erster Bürgermeister Janocha als Vorsitzender und 23 Stadträte; Normalzahl 26
---	--

§ 115

Verabschiedung der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2022, des Finanzplans mit Investitionsprogramm 2021 – 2025 der Stadt Backnang, sowie der Wirtschaftsplan 2022 des Eigenbetriebs Stadtentwässerung Backnang und des Eigenbetriebs Baulandentwicklung

Der Vorsitzende führt in den Tagesordnungspunkt ein. Er weist darauf hin, dass es zwei haushaltrechtlich relevante Anträge gebe, welche man nun bearbeiten wolle. Anschließend wolle man zur Beschlussfassung kommen und weiter dann die übrigen Anträge beantworten.

Das Gremium zeigt sich mit der Handhabung einverstanden.

Erster Bürgermeister Janocha ruft den Antrag Nr. 18 der CDU-Fraktion zur **Erhöhung globaler Minderausgaben** auf:

Wir beantragen die im Haushaltsentwurf angesetzten globalen Minderausgaben um 500.000 Euro zu erhöhen, auch im Hinblick auf die neuerlichen Verbesserungen durch die November-Steuerschätzung.

Er führt anhand einer Präsentation (siehe Anlage) aus:

Globaler Minderaufwand ist bei den Personalkosten bereits mit 1 Mio. im HH-Plan eingeplant. Rechtlich ist ein maximaler Minderaufwand in Höhe von 1,1 Mio. möglich. Eine Erhöhung um 500.000 € ist daher nicht zulässig. Von einer weiteren Erhöhung wird abgeraten, da der Planansatz sonst nicht auskömmlich wäre.

Stadtrat Dr. Ketterer möchte wissen, ob sich die Minderausgaben lediglich auf die Personalaufwendungen oder den kompletten Haushalt beziehen.

Erster Bürgermeister Janocha antwortet, dass es sich nur auf die Personalkosten beziehe.

Stadtrat Dr. Ketterer teilt mit, dass man den Antrag somit zurückziehe. Man wolle nur

nochmals darauf hinweisen, dass man sparsam wirtschaften solle.

Der Vorsitzende teilt mit, dass dies das Bestreben der Stadt sei.

Erster Bürgermeister Janocha ruft den Antrag Nr. 4 der Bündnis 90/Die Grünen-Fraktion zur Aufstockung der Haushaltsmittel zur Verbesserung des Fahrkomforts von Fahrradfahrer*innen auf:

Um die Sicherheit und den Fahrkomfort der Fahrradfahrer*innen in Backnang stetig zu verbessern bittet die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen um Aufstockung der Haushaltsmittel um 50.000 Euro.

Parkplätze, die den Verkehrsfluss und die Sicherheit der Fahrradfahrer stark einschränken, müssen aufgehoben werden, z.B. in der Sulzbacher Straße (Ludwigstraße bis Staige).

Er führt anhand einer Präsentation (siehe Anlage) aus:

Sollten die eingestellten Finanzmittel nicht ausreichend sein, kann aus der Deckungsreserve die Finanzierung sichergestellt werden. Im Rahmen des Radinfrastrukturkonzeptes sind Einzelmaßnahmen zu diskutieren.

Stadtrat Härtner erkundigt sich zudem nach einer Rückmeldung zum zweiten Teil des Antrags.

Baudezernent Setzer berichtet, dass es sich hierbei um eine besonders empfindliche Stelle in der Stadt handle. Man könne dies im Zuge des Radinfrastrukturkonzeptes betrachten. Dieses Thema werde die Stadt im Jahr 2022 begleiten.

Stadtrat Härtner teilt mit, dass man den Antrag gerne zurückstellen möchte, bis man den zweiten Teil abgearbeitet habe. Dem unmittelbar haushaltsrelevanten Teil des Antrags könne man zustimmen.

Der Vorsitzende erkundigt sich, ob es vor der Beschlussfassung noch Fragen gebe.

Stadtrat Dobler erkundigt sich, ob ein möglicher Neubau des Schulpavillions ebenfalls im Investitionshaushalt eingestellt sei.

Der Vorsitzende teilt mit, dass hierzu eine Planungsmaßnahme im kommenden Haushaltsjahr einberufen werde und dies in den künftigen Haushaltsplan eingestellt werden könne.

Es folgt die einstimmige Beschlussfassung des Gremiums (siehe unten).

Nach der Beschlussfassung tritt Stadtrat Scheib ein.

Es beginnt die Beantwortung der Haushaltsanträge der Fraktionen.

Anträge der CDU-Fraktion

1. Antrag der CDU-Fraktion – Nahwärmeversorgung

Der Vorsitzende verliest den Antrag: „Die Stadtwerke sollen sich im Bereich der Nahwärmeversorgung verstärkt engagieren.“

Er führt anschließend anhand einer Präsentation (siehe Anlage) aus:

Die Stadtwerke Backnang sind seit 2011 in der Nahwärmeversorgung aktiv und liefern bereits in folgenden Arealen die Wärme:

- Wonnemar (Hallen- und Freibad)
- Plaisirschule/Katharinenplaisirhalle/Familienzentrum
- Schiller- und Pestalozzischule/Bürgerhaus
- Dorfhalle Steinbach
- Sorg Schillerplatz (ehemalige Möbelfabrik)
- Max-Born-Gymnasium
- Krankenhausareal und nähere Umgebung
- Mühlstraße

Zeitnah wird das Neubaugebiet Obere Walke und hierbei ggf. noch umliegende Bestandsgebäude mit Nahwärme versorgt. Es ist geplant die Sparte Wärmeversorgung bei den Stadtwerken weiter auszubauen. Die Stadtwerke sind hierzu in enger Abstimmung mit der Stadt Backnang und auch bei der Erstellung des kommunalen Wärmeplans beteiligt. Hieraus werden sich konkrete Quartiere und Maßnahmen ableiten bei deren Umsetzung die Stadtwerke als Partner der Stadt Backnang zur Verfügung stehen. Ein weiteres großes Quartier stellt das IBA `27-Areal dar, bei dem die Stadtwerke sehr an der Nahwärmeversorgung interessiert sind.

Man könne zu diesem Antrag Zustimmung vermitteln.

Stadträtin Dr. Ulfert zeigt sich einverstanden und teilt mit, dass der Antrag hiermit erledigt sei.

Stadtrat Härtner merkt an, dass der Antrag um CO₂-Neutralität ergänzt werden müsse.

Der Vorsitzende antwortet, dass dies der Stadtverwaltung ebenfalls wichtig sei und man sich in diese Richtung bewegen wolle.

2. Antrag der CDU-Fraktion – Bauträgertätigkeit

+

4. Antrag der SPD-Fraktion – Stärkung städtischer Wohnbau

Erster Bürgermeister Janocha verliest den Antrag: „Die Städtische Wohnbau soll sich zukünftig auch als Bauträger engagieren, um mehr sozialen Wohnungsbau in städtischer Hand zu ermöglichen.“ sowie den Antrag Nummer 4 der SPD-Fraktion: „Wir beantragen die Stärkung der Städt. Wohnbau durch eine weitere Verbesserung ihrer finanziellen Ausstattung und personellen Erweiterung, um den wachsenden Herausforderungen gerecht werden zu können.“

Er führt anschließend anhand einer Präsentation (siehe Anlage) aus:

Die Städtische Wohnbau hat in den letzten Jahren den Bestand an preisgebundenem Wohnraum kontinuierlich erhöht. Auf dem Areal der Mühlstraße und auf dem ehemaligen Krankenhausareal sind 60 öffentlich geförderte Wohnungen entstanden. Im Jahr 2022/23 sind weitere 18 Wohnungen für Haushalte mit besonderen Schwierigkeiten bei der Wohnraumversorgung in der Mühlstraße geplant. Hierfür ist eine Kapitaleinlage von 300.000 € und eine Sacheinlage von 200.000 € eingestellt. Darüber hinaus sind am Lindenplatz in Steinbach 6 Wohnungen geplant. In der Zukunft sollen auch auf dem Aurelis-Areal Sozialwohnungen entstehen. Hierfür ist eine Kapitaleinlage von 1,2 Mio. € eingestellt. Das klassische Bauträgergeschäft mit dem Bau und Verkauf von Wohnungseigentum ist nicht vorgesehen.

Stadträtin Dr. Ulfert teilt mit, dass man die Städtische Wohnbau finanziell stärken wolle. Sie solle eigenwirtschaftlich Gewinne erwirtschaften und sich weiterentwickeln.

Der Vorsitzende teilt mit, dass man diese Diskussion in den Aufsichtsrat der Städtischen Wohnbau geben müsse.

Erster Bürgermeister Janocha teilt mit, dass man gegebenenfalls den Gesellschaftervertrag der Städtischen Wohnbau ändern müsse. Man könne gerne nochmals hierüber sprechen.

Stadtrat Franke teilt mit, dass man sich den Eintritt in die klassische Bauträger-Tätigkeit durchaus vorstellen könne. Man wolle die Stärkung erzielen, da es dort durchaus noch mehr Potential gebe.

Stadtrat Dr. Ketterer schlägt vor, dass man eine Institution einschalten könne, welche die Möglichkeiten untersuche.

Erster Bürgermeister Janocha bestätigt, dass die Möglichkeit eines Gutachters bestehe.

Stadtrat Franke teilt mit, dass man als Gemeinderat die Richtung vorgeben müsse, da es sich um sehr viel Geld handle.

Stadträtin Täpsi-Kleinpeter rät dazu, Erfahrungsberichte bei anderen Städten einzuholen.

Stadträtin Sturm tritt ein.

Der Vorsitzende teilt mit, dass man eine Organisations-Untersuchung durchführen werde. Den Ablauf werde man im Ältestenrat beschließen und die Ergebnisse anschließend präsentieren.

Das Gremium stimmt einstimmig für die vorgeschlagene Handhabung.

3. Antrag der CDU-Fraktion – Steg über die Murr

Baudezernent Setzer verliest den Antrag: „Wir beantragen einem vielfachen Wunsch der Bevölkerung entsprechend einen neuen Steg über die Murr zu planen. Dieser könnte in der gleichen Stahlausführung wie der Steg von der Annonay Anlage zum Aufgang Stiftshof erfolgen. In einem weiteren Schritt, soll eine Machbarkeitsstudie Lösungen für den Aufgang zur Marktstraße erarbeiten.“

Er führt anschließend anhand einer Präsentation (siehe Anlage) aus:

Im Haushalt 2022 sind 50.000 € für die Erstellung einer Machbarkeitsstudie eingestellt. Diese soll in Varianten die Anbindung der Bleichwiese an die Innenstadt im Bereich der Postgasse

klären. Nach aktueller Planung sollen die Ergebnisse noch im Jahr 2022 im Gemeinderat vorgestellt werden, so dass entschieden werden kann, ob und wenn ja welche Brückenvariante realisiert werden soll.

Stadträtin Dr. Ulfert teilt mit, dass der Antrag hiermit erledigt sei.

4. Antrag der CDU-Fraktion – PV-Anlage für Parkplätze

+

5. Antrag der CDU-Fraktion – PV-Anlagen für städtische Liegenschaften

Baudezernent Setzer verliest den Antrag: „Wir beantragen zu untersuchen, ob ebenerdige Parkplätzen (zum Beispiel Obere Bahnhofstraße, Bürgerhaus) mit Dächern mit PV Anlagen ausgestattet werden können. Bei positiver Effizienz soll dies auch als Empfehlung für künftige größere Parkieranlagen dienen, wie sie beispielsweise bei Einkaufsmärkten etc. zu finden sind.“ sowie den Antrag: „Die Dächer der städtischen Liegenschaften sollen untersucht werden, ob weitere PV-Anlagen installiert werden können.“

Er führt anschließend anhand einer Präsentation (siehe Anlage) aus:

Aufgrund künftiger gesetzlicher Vorgaben durch das Klimaschutzgesetz BW, sind künftig bei bestimmten Neubauvorhaben verpflichtend Photovoltaik-Anlagen zu errichten. Dies gilt auch für Stellplätze ab einer bestimmten Größe. Die Verpflichtung trifft sowohl öffentliche wie auch private Bauherren. Unabhängig davon wird die Verwaltung prüfen, ob auch Flächen im Bestand sinnvoll mit Photovoltaik-Anlagen ausgestattet werden können. Hierbei ist insbesondere das Verhältnis zwischen möglicher CO₂-Einsparung und den Lebenszykluskosten zu betrachten. Alle aus bisheriger Sicht wirtschaftlich zu betreibenden PV-Anlagen auf öffentlichen Gebäuden sind an die Bürgerenergiegenossenschaft verpachtet. Nicht zuletzt aufgrund sich ändernder wirtschaftlicher und technischer Rahmenbedingungen wird fortlaufend geprüft, ob sich weitere Gebäude im Bestand zur PV-Nutzung eignen. So soll z.B. das bestehende ZOB-Parkhaus im Rahmen der anstehenden Dachsanierung mit einer PV-Anlage ausgestattet werden. Das geplante, sog. „Parkhaus-Ost“ am Bahnhof könnte ebenfalls eine PV-Anlage erhalten. Bei offenen Stellplatzanlagen sind neben technischen und wirtschaftlichen Aspekten auch städtebauliche Gesichtspunkte zu prüfen.

Stadträtin Dr. Ulfert teilt mit, dass man bisher nie über Freiflächen gesprochen habe,

man die Ausführungen der Verwaltung jedoch verstehe.

Stadtrat Franke merkt an, dass es von der SPD-Fraktion ein ähnliches Anliegen gebe. Er möchte wissen, ob es in Backnang keine öffentlichen Gebäude mehr gebe, auf welchen man eine PV-Anlage anbringen könne. Ebenfalls möchte er wissen, ob man nicht-öffentliche Flächen anmieten könne, um darauf eine PV-Anlage zu errichten.

Erster Bürgermeister Janocha berichtet, dass man bis zu 20 Dächer an die Bürgerenergiegenossenschaft vermietet habe, da dies früher nie ein Thema gewesen sei. Heute gebe es nun neue Modelle, weshalb man die Dächer neu untersuchen müsse. Es gebe durchaus ein sehr großes Potential.

Stadträtin Kutteroff teilt mit, dass man mit dem Antrag erreichen wollte, dass grüner Strom gewonnen werde. Es stehe hierbei nicht die Wirtschaftlichkeit im Vordergrund.

Stadtrat Dr. Ketterer rät dazu, ebenfalls die Fassaden zu untersuchen.

Stadtrat Härtner merkt an, dass der gewonnene Strom in den städtischen Gebäuden eingespeist werden solle.

Herr Mäule erläutert anhand des Gebäudes Postgasse 5, dass dies bereits der Fall sei.

Stadträtin Dr. Ulfert teilt mit, dass sich die beiden Anträge hiermit erledigt haben.

6. Antrag der CDU-Fraktion – Überdachte Fahrradstellplätze

+

3. Antrag der SPD-Fraktion - Fahrradboxen

Herr Großmann verliest den Antrag: „Wir bitten um Untersuchung, ob in der Innenstadt ein überdachter Fahrradstellplatz möglich ist.“ sowie den Antrag: „Wir beantragen die Aufstellung abschließbarer Boxen in der Innenstadt und für Gäste des Bürgerhauses, damit eine sichere Verwahrung der oft sehr wertvollen Fahrräder möglich wird.“

Er führt anschließend anhand einer Präsentation (siehe Anlage) aus:

Ein überdachter Stellplatz ist im Bereich des Bahnhofs vorhanden. Weitere Möglichkeiten in der Innenstadt werden geprüft.

Stadträtin Lohrman möchte wissen, wie die Vermietung der Boxen ablaufe. Sie denke,

dass in Backnang ein Fahrrad-Parkhaus notwendig sei.

Herr Großmann erläutert die Vermietung der Fahrrad-Boxen. Ebenfalls erläutert er das Sharing-Modell und die Idee eines möglichen Fahrrad-Parkhauses am Bahnhof.

Stadträtin Sturm spricht sich gegen die Aufstellung von Fahrrad-Boxen aus. Sie rege an, sich bereits bestehende Fahrrad-Parkhäuser in der Region als Beispiel anzuschauen.

Stadtrat Hettich teilt mit, dass die Parkplätze am Bahnhof derzeit leer stehen. Er glaube, dass Parkplätze in der Innenstadt notwendig seien. Weiter rät er davon ab, PKW-Stellplätze an der Bleichwiese für Fahrrad-Stellplätze zu reduzieren.

Stadtrat Franke teilt mit, dass man einen zentralen Punkt für Fahrräder in der Innenstadt schaffen wolle. Der Antrag der SPD zielen auf eine sichere Verwahrung der Fahrräder ab.

Stadträtin Dr. Ulfert teilt mit, dass es sich bei dem Antrag der CDU um eine einfache Überdachung einiger Stellplätze handeln solle.

Der Vorsitzende teilt mit, dass man dies wohlwollend prüfen werde.

Stadträtin Dr. Ulfert teilt mit, dass sich der Antrag damit erledigt habe.

Die SPD-Fraktion teilt mit, dass man die Ausführungen der Stadtverwaltung zur Kenntnis genommen habe.

7. Antrag der CDU-Fraktion – Ausbau Radwege südliche Stadtteile

+

14. Antrag der BfB-FDP/BIG-Fraktion – Sichere Radwege

Herr Großmann verliest den Antrag: „Wir beantragen, die Radwege von den Südlichen Stadtteilen zur Kernstadt auszubauen und sicherer zu machen.“ sowie den Antrag: „Der neue Mobilitätsbeauftragte erarbeitet ein Konzept „Sichere Radwege in die Nachbargemeinden“ und stimmt sich in der Verwaltungsgemeinschaft ab. Begründung: Das Radwegenetz besonders auf dem Backnanger Stadtgebiet ist lückenhaft. Die Verbindungen an die Radnetze der in der Verwaltungsgemeinschaft angeschlossenen Kommunen ist in oft katastrophalem Zustand oder gar nicht existent. Genannt seien beispielhaft die Verbindung von Backnang in das Weissacher Tal, von Heiningen in Richtung Unterweissach, zwischen Allmersbach und Heiningen-Kreisel, hier die sicheren Querungen für Radfahrer und Fußgänger. Eine Initiative innerhalb der

Verwaltungsgemeinschaft soll den Rems-Murr-Kreis zu mehr Engagement motivieren.“

Er führt anschließend anhand einer Präsentation (siehe Anlage) aus:

Wird entsprechend dem Radwegekonzept umgesetzt.

Stadträtin Dr. Ulfert teilt mit, dass sich der Antrag hiermit erledigt habe.

Stadträtin Klinghoffer schließt sich den Ausführungen von Stadträtin Dr. Ulfert an.

Stadtrat Franke schlägt kurzfristige Umsetzungen vor, wie beispielsweise die Entfernung von Schildern mit dem Aufdruck „Fahrradfahrer nur in Schrittgeschwindigkeit“.

Der Vorsitzende bittet um eine Angabe der Standorte, welche man anschließend prüfen werde.

8. Antrag der CDU-Fraktion – Neukonzeption „Plattenwald“

Baudezernent Setzer verliest den Antrag: „Wir beantragen erneut, eine Neukonzeption für das Naherholungsgebiet Plattenwald mit Walderlebnispfad, Trimm Dich Pfad, und Wildgehege. Es sind Optionen für weitere Angebote zu prüfen. Gerade in der Pandemie suchen die Bürger Erholung und Abwechslung wohnortnah.“

Er führt anschließend anhand einer Präsentation (siehe Anlage) aus:

Der Bestand an Erholungseinrichtungen wird sukzessive erneuert und durch geeignete Maßnahmen aufgewertet, aktuell wurde ein Mountainbike-Trail umgesetzt. Ein weiterer Baustein könnte eine Holzkugelbahn sein, die als Gemeinschaftsprojekt zwischen der Forstverwaltung und Backnanger Schulen entstehen könnte. Im Bereich der bestehenden Parkplätze werden Info-Tafeln aufgestellt mit der Möglichkeit, eine interaktive Karte über Responsive Design mit einem Smartphone abzurufen.

Stadtrat Hettich begrüßt den Vorschlag der Holzkugelbahn in Kooperation mit den Backnanger Schulen. Er merkt an, dass durch derartige Attraktionen vermehrt Personen in den Plattenwald kommen und man den Standort daher mit Bedacht wählen müsse.

Stadträtin Sturm spricht sich dafür aus, dass die Erholungsfunktion im Plattenwald weiterhin gegeben sein müsse. Sie regt die Planung eines weiteren Freizeitgebiets an und rät dazu ein Landschaftsparkkonzept bei der Region Stuttgart einzureichen.

Baudezernent Setzer merkt an, dass s'Äpple ein Produkt des Landschaftsparkkonzepts sei. Man befinde sich in einem regelmäßigen Kontakt mit dem Verband Region Stuttgart.

Stadträtin Dr. Ulfert teilt mit, dass der Antrag hiermit erledigt sei.

9. Antrag der CDU-Fraktion – Sportentwicklungsplan

+

10. Antrag der SPD-Fraktion – Turngeräte für Erwachsene

Baudezernent Setzer verliest den Antrag: „Wir beantragen eine Überarbeitung des Sportentwicklungsplans und der Sportförderrichtlinien.“ sowie den Antrag: „Wir beantragen zu prüfen, inwieweit auf städt. Kinderspielplätzen auch Sport/Turngeräte für Erwachsene (bes. Senioren) installiert werden können, um auf einfache Weise Bewegungsanreize zu schaffen.“

Er führt anschließend anhand einer Präsentation (siehe Anlage) aus:

Der Sportentwicklungsplan wird derzeit durch das Stadtplanungsamt überarbeitet – Bekanntgabe des zeitlichen Ablaufs erfolgt im 1. Quartal 2022.

Die Hallennutzungssatzung und die damit in Verbindung stehenden Hallengebührensatzung, aufgrund der Umstellung gemäß § 2b Umsatzsteuergesetz, müssen 2022 überarbeitet werden. Im Zuge dessen werden auch die Sportförderrichtlinien weiterentwickelt.

Stadtrat Scheib zeigt sich begeistert. Er teilt mit, dass man sich überlegen müsse, ob hierzu ebenfalls ein externes Büro benötigt werde.

Der Vorsitzende ergänzt, dass sich aus Erfahrungsberichten von anderen Kommunen zeige, dass sich dies durchaus lohne.

Stadtrat Hettich merkt an, dass die Sportförderrichtlinien im kommenden Jahr angepasst werden müssen. Dies müsse man im Frühjahr beschließen, damit die Vereine frühzeitig davon profitieren können.

Der Vorsitzende antwortet, dass man dies auch rückwirkend beschließen könne.

Stadträtin Dr. Ulfert teilt mit, dass man hiermit einverstanden sei und der Antrag damit erledigt sei.

Die SPD-Fraktion teilt mit, dass der Antrag erledigt sei.

10. Antrag der CDU-Fraktion – Starkregenmanagement

Der Vorsitzende verliest den Antrag: „Wir beantragen die Bearbeitung des Themas Starkregenereignisse und eine baldige Information und Beratung der Bürgerschaft zum Thema Starkregenmanagement.“

Er führt anschließend anhand einer Präsentation (siehe Anlage) aus:

In der Gemeinderatssitzung am 03.02.2022 ist ein umfassender Bericht zu den Hochwasserschutzmaßnahmen sowohl des Wasserverbands Murrthal als auch der Stadt Backnang geplant. Zudem informiert die Stadtverwaltung über den aktuellen Stand der Planungen zum Starkregenrisikomanagement.

Die CDU-Fraktion zeigt sich mit diesem Vorschlag einverstanden und teilt mit, dass der Antrag erledigt sei.

11. Antrag der CDU-Fraktion – Bebauung Tiefgarage „Karl-Krische-Straße“

Frau Blumer verliest den Antrag: „Wir bitten die Stadtverwaltung, die Renovierung und Bebauung der Tiefgarage Karl-Krische-Straße engmaschig zu begleiten, damit die Zufahrt zum Gesundheitszentrum stets gewährleistet bleibt und dass alternative erreichbare Parkmöglichkeiten für Patienten und Beschäftigte geschaffen werden.“

Sie führt anschließend anhand einer Präsentation (siehe Anlage) aus:

Es werden von der Stadtverwaltung alternative Stellplätze für Besucher und Personal gefordert und der Bauzeitenplan sehr engmaschig begleitet. Die Besprechungen sind hierfür angesetzt, die nächste findet am 16.12.2021 statt. Vorübergehend sind in einzelnen Bauabschnitten jedoch Erschwernisse auch für Arztbesucher unvermeidbar. Es wird dafür Sorge getragen, dass Krankentransporte Vorrang genießen und diese in jeder Bauphase ermöglicht werden. Der Bauherrschaft wird u.a. eine umfassende Pflicht zur jeweils rechtzeitigen Abstimmung mit der Stadtverwaltung und Information der betroffenen Anlieger und der Öffentlichkeit auferlegt.

Stadträtin Dr. Ulfert teilt mit, dass sich der Antrag hiermit erledigt habe.

12. Antrag der CDU-Fraktion – Befristung geförderter Personalstellen

Herr Mäule verliest den Antrag: „Wir beantragen geförderte Stellen zunächst entsprechend des Förderzeitraumes auszuschreiben. Eine Verlängerung kann jedoch in Aussicht gestellt werden.“

Er führt anschließend anhand einer Präsentation (siehe Anlage) aus:

Auf Grund der angespannten Arbeitsmarktsituation ist von diesem Antrag dringend abzuraten. Gerade auf Grund der attraktiven Förderungen stehen dem qualifizierten Fachpersonal mehrere Angebote kommunaler Arbeitgeber in unmittelbarer Umgebung zur Verfügung. Eine Befristung des Beschäftigungsverhältnisses wirkt sich erfahrungsgemäß negativ auf das Personalgewinnungsverfahren aus. Daher wird empfohlen im Rahmen der jährlichen Stellenplanberatungen die natürliche Personalfluktuations zu nutzen.

Stadträtin Dr. Ulfert teilt mit, dass man hiermit einverstanden sei und der Antrag somit erledigt sei.

13. Antrag der CDU-Fraktion – Übersicht Förderprojekte

Der Vorsitzende verliest den Antrag: „Wir beantragen, eine aktuelle Übersicht über alle Förderprojekte der Stadt zu erstellen mit Kosten sowie Ablaufdatum.“

Er führt anschließend anhand einer Präsentation (siehe Anlage) aus:

Übersicht aller Förderprojekte der Stadt über 10.000 € wird in einer VFA-Sitzung nachgeliefert.

Stadträtin Dr. Ulfert teilt mit, dass man damit einverstanden sei und der Antrag erledigt sei.

14. Antrag der CDU-Fraktion – Ringbuslinie

+

6. Antrag der BfB-FDP/BIG-Fraktion – „Hop-on/Hop-off“- Personenbeförderungsfahrzeug

Frau Blumer verliest den Antrag: „Wir beantragen die versuchsweise Einführung einer Ringbuslinie, das heißt einen Bus, der die nördlichen und südlichen Stadtgebiete umsteigefrei verbindet. Dies könnte beispielhaft versuchsweise mit einem geförderten Elektrobus erfolgen.“ sowie den Antrag: „Die Verwaltung prüft die Einrichtung eines „Hop-on/Hop-off“-Personenbeförderungsfahrzeugs, das kostenlos und in hoher Frequenz durch die Innenstadt zirkuliert. Begründung: Durch die geographische Lage muss es für einen Besucher unserer Stadt attraktiv sein, sein Fahrzeug nicht in der Kernstadt zu parken. Wir könnten uns zur Erprobung eine Linie von der Oberen Bahnhofstrasse (PR-Parkplatz), Untere Bahnhofstraße, durch die Marktstraße, zur Bleichwiese, Grabenstraße, Eduard-Breuninger-Straße, Adenauer-

Parkhaus zurück zum Bahnhof vorstellen. Ziel soll es sein, Backnangs Innenstadt vom Individualverkehr zu entlasten und somit die Attraktivität Backnangs als Einkaufs- und Wohnstadt zu steigern. Wir bitten die Verwaltung zu prüfen, auf welchen Linien und zu welchen Zeiten dies realisierbar ist, welche Finanzierungsmöglichkeiten bestehen, ob es Fördermittel von Land- oder Bund gibt und wie mögliche Fahrgastzahlen ermittelt werden können.“

Sie führt anschließend anhand einer Präsentation (siehe Anlage) aus:

Die Einführung einer Ringbuslinie wird zum jetzigen Zeitpunkt vom VVS nicht befürwortet. Der planerische Ansatz, der in den Jahren 2013/ 2014 verfolgt wurde und Eingang in den im April 2015 verabschiedeten Nahverkehrsplan fand, ist zwischenzeitlich durch das bestehende seit 1. Januar 2019 gefahrene Verkehrskonzept überholt. Zur EU-weiten Vorabbekanntmachung der Ausschreibung war das Konzept angepasst und dem Gemeinderat in der Sitzung am 15.12.2016 vorgestellt worden (s. hierzu auch Antwort zu Antrag Ziff. 2 der Grünen-Fraktion).

Mit dem Ausbau des IBA Geländes und der Oberen Walke wird eine neue Situation entstehen, wie dies in der Stellungnahme zum Nahverkehrsplan gegenüber der Landkreisverwaltung gefordert wurde. Derzeit besteht die Bindung an die Ausschreibung, jegliche Zusatzbestellung, die vom Vorhabenträger (Landkreis) und dem VVS als nicht sinnvoll eingestuft wird, müsste von der Stadt alleine getragen werden. Das Verkehrsunternehmen ist infolge der Bindungswirkung des Zuschlags bis zum 31.12.2024 nicht zu einer Einführung verpflichtet. Es wird daher angeregt, das Thema auf die Agenda der nächsten Ausschreibung zu setzen (s. Stellungnahme zum Nahverkehrsplan- Sitzungsvorlage 9/21/GR). Überdies ist zu berücksichtigen, dass künftig bei der Ausschreibung nicht mit einem eigenwirtschaftlichen Antrag der Unternehmen zu rechnen ist, es wird daher von einer deutlich höheren Kostentragung der Stadt bei der nächsten Ausschreibung zu rechnen sein.

Stadträtin Dr. Ulfert teilt mit, dass die Dauer bedenklich sei, da das Umsteigen am Bahnhof schwierig sei. Sie bittet darum, die Augen nach möglichen Förderprogrammen offen zu halten.

Der Vorsitzende teilt mit, dass es sich dabei um die aktuelle rechtliche Situation handle, man dies jedoch weiterverfolgen werde.

Stadträtin Klinghoffer bittet darum, weitere Alternativen zu prüfen. Sie merkt an, dass

der Antrag damit noch nicht erledigt sei.

Der Vorsitzende teilt mit, dass man dies für die Fortschreibung des Nahverkehrsplanes aufnehmen könne.

Stadtrat Degler regt die Einführung eines Ruftaxis an.

Stadträtin Klinghoffer teilt mit, dass sie mit einer Aufnahme einverstanden sei. Der Antrag ist hiermit erledigt.

Die CDU-Fraktion teilt mit, dass der Antrag erledigt sei.

15. Antrag der CDU-Fraktion – Schulsozialarbeit

Frau Wüllenweber verliest den Antrag: „Wir beantragen, bald die Ergebnisse der Neukonzeption zur Weiterentwicklung der Schulsozialarbeit vorzulegen, damit der Bedarf, der durch die Pandemie noch gestiegen ist, besser gedeckt werden kann.“

Sie führt anschließend anhand einer Präsentation (siehe Anlage) aus:

Die Arbeitsgruppe Neukonzipierung Schulsozialarbeit hat bereits Ihre Arbeit aufgenommen und wird im Laufe des ersten Halbjahrs dem Gremium vorgestellt. Vorsorglich wurden bereits 2 Stellen im Stellenplan 22 aufgenommen und beim KVJS bezüglich Bezuschussung beantragt. An der AG sind Vertreter der Schulleitungen, Schulsozialarbeiter, geschäftsführende Schulleitung und das Fachamt beteiligt.

Stadträtin Dr. Ulfert teilt mit, dass der Antrag erledigt sei. Sie erkundigt sich, wann die Stellen geschaffen werden.

Frau Wüllenweber teilt mit, dass dies der Fall sei, wenn die Konzeption erstellt werde.

Stadtrat Dr. Schweizer erkundigt sich, ob hierbei nicht ebenfalls die Integrationsträger einbezogen werden müssen.

Frau Wüllenweber teilt mit, dass die Interessen bei den Integrationsträgern bei den Schulleitern zusammenlaufen.

16. Antrag der CDU-Fraktion – „Offensive Innenstadt“

Der Vorsitzende verliest den Antrag: „Wir beantragen mehr Einsatz für die Belebung der Innenstadt wie die schnelle Umsetzung der „Offensive Innenstadt“.“

Er führt anschließend anhand einer Präsentation (siehe Anlage) aus:

Es wird im Rahmen einer Gemeinderatssitzung einen Zwischenbericht zum Stand der Umsetzung „offensive Innenstadt“ im 1. Quartal 2022 geben. Des Weiteren nimmt die Lenkungsgruppe „Einzelhandelskonzept“ am 24.01.2022 ihre Tätigkeit auf. Die Neustrukturierung der Stabsstelle Wirtschaftsförderung/Stadtmarketing, in direkter Zuordnung zu Oberbürgermeister Maximilian Friedrich, wird darüber hinaus die Innenstadtbelebung zur Aufgabe haben.

Stadtrat Hettich bittet darum, im kommenden Jahr ebenfalls kleinere Projekte zu starten.

Stadträtin Dr. Ulfert teilt mit, dass der Antrag erledigt sei.

17. Antrag der CDU-Fraktion – Eintrittspreise Wonnemar

Erster Bürgermeister Janocha verliest den Antrag: „Wir beantragen, dass ab 2022 für das Wonnemar wieder eine Freibadsaisonkarte angeboten wird und die Eintrittspreise familienfreundlicher werden.“

Er führt anschließend anhand einer Präsentation (siehe Anlage) aus:

Der offizielle Verkaufsstart für eine Freibadsaisonkarte für 2022 wird am 21.12.2021 in den Murrbäder Backnang Wonnemar beginnen. Der Verkaufsstart wird durch Herrn Oberbürgermeister Friedrich und Herrn Ersten Bürgermeister Janocha zusammen mit dem Center Manager des Bades, Herrn Dechand stattfinden. Die Preisgestaltung wurde vom Aufsichtsrat festgelegt. Die reguläre Jahreskarte kostet lt. Beschluss des Aufsichtsrats vom 21.07.2020 für Erwachsene 100 €, für Ermäßigte (Jugendliche, Schüler, Arbeitslose etc.) 75 € und für Kinder 60 € pro Jahr.

Stadtrat Hettich begrüßt die Einführung der Saisonkarte.

Die CDU-Fraktion teilt mit, dass der Antrag erledigt sei.

18. Antrag der CDU-Fraktion – Erhöhung der globalen Minderausgaben

Der Vorsitzende verliest den Antrag: „Globaler Minderaufwand ist bei den Personalkosten bereits mit 1 Mio. im HH-Plan eingeplant. Rechtlich ist ein maximaler Minderaufwand in Höhe von 1,1 Mio. möglich. Eine Erhöhung um 500.000 € ist daher nicht zulässig. Von einer weiteren Erhöhung wird abgeraten, da der Planansatz sonst nicht auskömmlich wäre.“ und merkt an, dass dieser Antrag bereits zu Beginn des Tagesordnungspunktes bearbeitet wurde.

19. Antrag der CDU-Fraktion – Anwohnerparkausweise

Frau Blumer verliest den Antrag: „Wir beantragen eine Anpassung der Gebühren für Anwohnerparkausweise.“

Sie führt anschließend anhand einer Präsentation (siehe Anlage) aus:

Nach der Delegationsverordnung der Landesregierung die am 4. Juli 2021 in Kraft trat, ist eine kostendeckende, flexible Bepreisung des Bewohnerparkens nun zulässig. Die Delegationsverordnung (ParkgebVO) überträgt die Ermächtigung zum Erlass von Bewohnerparkausweisen auf die örtlichen und unteren Straßenverkehrsbehörden. In den Gebührenordnungen können neben den Kosten des Verwaltungsaufwands (d. h. Personal- und Sachkosten) auch die Bedeutung der Parkmöglichkeiten, deren wirtschaftlicher Wert oder der sonstige Nutzen der Parkmöglichkeiten für die Bewohner berücksichtigt werden. Es ist vorgesehen, dem Gemeinderat ein neues Konzept vorzulegen. Insbesondere wird die Neuordnung unter Berücksichtigung bestehender Kapazitäten in öffentlich zugänglichen Parkhäusern und der Nutzungsmöglichkeit privat, verfügbarer Stellplätze erfolgen. Die Eigenverantwortlichkeit der Fahrzeughalter*innen wird deutlich stärker in den Vordergrund gerückt. Ziel der Stadtverwaltung ist im ersten Schritt die interessengerechte Aufteilung der Stellplatzkapazitäten für Bewohner, Besucher und Kunden.

Stadträtin Dr. Ulfert teilt mit, dass der Antrag für sie erledigt sei, wenn der Vorgang generell weiterverfolgt werde.

20. Antrag der CDU-Fraktion – Handwerkerhöfe

Baudezernent Setzer verliest den Antrag: „Wir sind froh über die Entwicklung in den Lerchenäckern sowie den Mühläckern. Wünschenswert sind jedoch noch weitere Flächen für Handwerkerhöfe, wir bitten um Vorschläge der Verwaltung.“

Er führt anschließend anhand einer Präsentation (siehe Anlage) aus:

Im Rahmen der anstehenden Neuaufstellung des Flächennutzungsplans sollen auch Flächen für Handwerkerhöfe neu ausgewiesen werden. Handwerkerhöfe nach dem Verständnis der Stadtverwaltung zeichnen sich insbesondere dadurch aus, dass Wohnen und Arbeiten in direkter Nachbarschaft möglich ist. Dies stellt besondere Anforderungen an die immissionsschutzrechtliche Planung solcher Flächen.

Im Rahmen der städtebaulichen Konzeption für die Lerchenäcker ist beabsichtigt, auch

kleinteilige Gewerbeflächen auszuweisen. Hier wird aber nicht gewohnt werden können.

Stadträtin Dr. Ulfert teilt mit, dass der Antrag mit Stellungnahme der Verwaltung erledigt sei.

Anträge der Bündnis 90/Grünen-Fraktion

1. Antrag der Bündnis 90/Grünen-Fraktion – Bürgerbefragungen

Der Vorsitzende verliest den Antrag: „Die Backnanger Bürger*innen sind der Schlüssel zur Demokratie und sollten möglichst transparent in Entscheidungsprozesse auch außerhalb der Wahlen miteinbezogen werden. Daher fordert die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Stadtverwaltung dazu auf, Bürger*innen Befragungen durchzuführen, sofern Haushaltsrelevante Entscheidungen getroffen werden müssen, die Haushaltsmittel von über 3 Millionen Euro beanspruchen und von grundsätzlicher Bedeutung für die Stadt sind.“

Er führt anschließend anhand einer Präsentation (siehe Anlage) aus:

Der Gemeinderat hat zu jeder Zeit die Möglichkeit bei kommunalen Aufgaben Beteiligungsformen durchzuführen, jedoch ist eine generelle Beteiligung für staatliche Aufgaben nicht zulässig. Über die angemessene Form der Beteiligung entscheidet der Gemeinderat im Einzelfall.

Stadtrat Härtner spricht sich für ein Votum aus, um zu erkennen, welche Priorisierung die Bürgerinnen und Bürger haben.

Der Vorsitzende teilt mit, dass es Projekte gebe, bei denen dies sehr sinnvoll sei und dies dann gegebenenfalls umgesetzt werden könne.

Stadtrat Härtner teilt mit, dass der Antrag mit Stellungnahme der Verwaltung erledigt sei.

2. Antrag der Bündnis 90/Grünen-Fraktion – 15-Minuten Taktung Busverkehr

Frau Blumer verliest den Antrag: „Der zunehmende motorisierte Individualverkehr sorgt in Backnang, in den Stoßzeiten, regelmäßig für ein Verkehrschaos. Die Stadtentwicklung und kommende Wohngebiete werden diese Situation weiter fördern. Da viele Bürger*innen zwischen dem Bahnhof und ihrem Zuhause pendeln, ist es sinnvoll den Busverkehr in die Stadtteile und Teilorte Backnangs konsequent an die 15-Minuten Taktung anzupassen und auszuweiten. Die bestehenden Zeiten des Nahverkehrsplans erachtet die Fraktion Bündnis

90/Die Grünen als unzureichend und bittet die Stadtverwaltung um Erstellung des Konzepts und Ausweitung der Taktungen.“

Sie führt anschließend anhand einer Präsentation (siehe Anlage) aus:

Die Firma Friedrich Müller Omnibusverkehr GmbH hat nach vorangegangener Ausschreibung der Landkreisverwaltung den Zuschlag zu ihrem eigenwirtschaftlichen Antrag vom Regierungspräsidium Stuttgart erhalten. Die Laufzeit begann am 1.1.2019 und endet am 31.12.2024. Aufgrund der Eigenwirtschaftlichkeit hat die Stadt Backnang keine Kosten am Stadtverkehr zu tragen.

Die detaillierte Betrachtung des Busverkehrs in der Stadt Backnang einschließlich Stadtteilen (Linienbündel 9) ergibt nachfolgend dargestellte Situation, die eine gute bis sehr gute Anbindung bietet:

Sulzbacher Straße – Backnang ZOB

Linie 361 halbstündlich abgestimmt auf den S 3-Haupttakt

Linie 390 halbstündlich abgestimmt auf den S 3-Zwischentakt

Linie 360 stündlich abgestimmt auf die S 4/R 3

Linie 368 stündlich abgestimmt auf die S 4/R 3

→ somit bestehen auf diesem Streckenabschnitt montags bis freitags tagsüber sechs Fahrmöglichkeiten pro Stunde, welche alle Zugabfahrten ab Backnang Richtung Stuttgart andienen

Aspacher Straße – Backnang ZOB

Linie 367 halbstündlich abgestimmt auf den S 3-Haupttakt

Linie 367 in der HVZ zusätzlich halbstündlich abgestimmt auf den S 3-Zwischentakt

Linie 457 in der HVZ stündlich abgestimmt auf die S 4/R 3

Linie 363 stündlich abgestimmt auf die S 4/R 3 (ab Haltestelle Rötzensweg)

→ somit bestehen auf diesem Streckenabschnitt montags bis freitags in der HVZ sechs, in der NVZ fünf Fahrmöglichkeiten pro Stunde, welche nahezu alle Zugabfahrten ab Backnang Richtung Stuttgart andienen

Weissacher Straße – Backnang ZOB

Linie 383 halbstündlich abgestimmt auf den S 3-Haupttakt

Linie 365 stündlich abgestimmt auf den S 3-Haupttakt

Linie 382 stündlich abgestimmt auf den S 3-Haupttakt

Linie 384 stündlich abgestimmt auf den S 3-Haupttakt

Linie 381 in der HVZ zusätzlich halbstündlich abgestimmt auf den S 3-Zwischentakt

Linie 393 stündlich abgestimmt auf den S 3-Zwischentakt

Linie 369 stündlich (in der HVZ halbstündlich) abgestimmt auf die S 4/R 3 (ab Haltestelle Im Kusterfeld)

- somit bestehen auf diesem Streckenabschnitt montags bis freitags in der HVZ zehn, in der NVZ sieben Fahrtmöglichkeiten pro Stunde, welche nahezu alle Zugabfahrten ab Backnang Richtung Stuttgart andienen

Gartenstraße – Backnang ZOB

Linie 362 stündlich abgestimmt auf die S 4/R 3

Linie 366 stündlich abgestimmt auf die S 4/R 3

Linie 370 stündlich abgestimmt auf die S 4/R 3

- somit bestehen auf diesem Streckenabschnitt montags bis freitags tagsüber drei Fahrtmöglichkeiten pro Stunde, welche die Zugabfahrten der S 4 und R 3 ab Backnang Richtung Stuttgart andienen

Aus dieser Aufstellung wird deutlich, dass das aktuelle Handlungsfeld im Backnanger Stadtverkehr vorrangig nicht in der Taktverdichtung liegt. Vielmehr geht es in der Stadt Backnang um die Stabilisierung der Verkehrsverhältnisse insgesamt. An Fahrplanverbesserungen wurde seit Beendigung des BK – Busses mit der Landkreisverwaltung und dem Tarifverbund Stuttgart GmbH wiederkehrend vertieft gearbeitet und soweit möglich Fortschreibungen umgesetzt. Diese sind außer marginalen Anpassungen ausgeschöpft.

Die von der Stadtverwaltung identifizierten Handlungsfelder wurden in der Stellungnahme zum Nahverkehrsplan als Forderung gestellt.

Stadtrat Härtner erkundigt sich, ob die An- und Abfahrtszeiten der Busse etwas geändert werden können, da es sich teilweise nur um wenige Minuten handle.

Frau Blumer teilt mit, dass man die Interessen gemeinsam sehr intensiv betrachte. Jedoch könne eine teilweise Anpassung der Zeiten zu einem Stabilitätsproblem der Linien führen.

Der Vorsitzende schlägt als Kompromiss vor, dass Stadtrat Härtner die betroffenen Linien nenne und man diese nochmals prüfen werde.

Stadtrat Härtner zeigt sich mit dem Vorschlag einverstanden.

3. Antrag der Bündnis 90/ Grünen-Fraktion – 40er Geschwindigkeitszone

Frau Blumer verliest den Antrag: „Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bittet die Stadtverwaltung die 40er Zone auf dem Innenstadtring zu Gunsten des Verkehrsflusses und des Umweltschutzes zu erweitern. Beispiele für Erweiterung wären: Aspacher Straße, Stuttgarter Straße, Weissacher Straße und Gartenstraße“

Sie führt anschließend anhand einer Präsentation (siehe Anlage) aus:

Laut aktueller Dienstbesprechung des Verkehrsministeriums sind die bundesgesetzlichen Bestimmungen umzusetzen, das Land hat keine Möglichkeit auszuscheren. Es sind weiterhin ausschließlich Gründe der Verkehrssicherheit, Lärminderung oder der Luftreinhaltung mit denen eine Geschwindigkeitsreduzierung zu begründen sind. Das Baudezernat ist mit der Lärmaktionsplanung befasst.

An der Einmündung Eichendorff Straße in die Weissacher Straße ist eine Unfallhäufungsstelle festzustellen. Nach Auswertung des Unfallgeschehens bestand jedoch keine Kausalität mit der auf der Weissacher Straße gefahrenen Geschwindigkeit. Vielmehr entstanden von vier Unfällen drei bei stockendem Verkehr und alle infolge von Unachtsamkeit. Eine Geschwindigkeitsreduzierung lässt sich damit nach bundesgesetzlich gültiger Rechtslage nicht auf 40 km/h begründen. Nach aktueller Abstimmung müssen sich Verkehrsversuche an dieser Rechtslage orientieren, andernfalls sind sie nicht zulässig.

In den anderen, angeführten Streckenabschnitten liegen keine Unfallhäufungsstellen vor, somit bleibt es bis auf Weiteres bei der Prüfung der Lärmwerte als eine potentielle Möglichkeit für eine Geschwindigkeitsreduzierung, sofern nachgewiesenermaßen mit der Geschwindigkeitsreduktion auf 40 km/h eine Lärminderung von 3 db (A) einherginge. Diese Voraussetzung ist bislang nicht erwiesen. Die Untersuchung des Baudezernates gilt es

abzuwarten.

Der Vorsitzende sichert zu, dass dort, wo Handlungsbedarf bestehe, man diesen auch angehen werde.

Stadtrat Härtner merkt an, dass er die Situation in der Aspacher Straße nicht nachvollziehen könne.

Frau Blumer teilt mit, dass man den Sachverhalt der Aspacher Straße gerne nochmals im Verkehrsausschuss betrachten könne.

Stadtrat Härtner zeigt sich mit dem Vorschlag einverstanden.

4. Antrag der Bündnis 90/Grünen – Fraktion – Sicherheit Fahrradverkehr

Der Vorsitzende verliest den Antrag: „Um die Sicherheit und den Fahrkomfort der Fahrradfahrer*innen in Backnang stetig zu verbessern, bittet die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen um Aufstockung der Haushaltsmittel um 50.000 Euro.

Parkplätze, die den Verkehrsfluss und die Sicherheit der Fahrradfahrer stark einschränken, müssen aufgehoben werden, z.B. in der Sulzbacher Straße (Ludwigstraße bis Staige).“ und merkt an, dass dieser Antrag zu Beginn des Tagesordnungspunktes behandelt wurde.

5. Antrag der Bündnis 90/ Grünen-Fraktion – Sicherung der Treppen

Herr Kaltenleitner verliest den Antrag: „Um eine sichere Benutzung der Treppen in Backnang zu gewährleisten, bittet die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Stadtverwaltung um Anbringung von durchgehenden Handläufen zum Abstützen, bei allen Treppen in Backnang. In diesem Kontext soll die Sicherheit der Treppen in Backnang ermittelt und gewährleistet werden. Als Beispiel für eine unsichere Treppe wird die Christian-Schmückle-Staffel genannt.“

Er führt anschließend anhand einer Präsentation (siehe Anlage) aus:

Die Stadtverwaltung hat die Verkehrssicherheit auf allen öffentlichen Wegen und Treppen sicherzustellen. Sollte es vereinzelt zu Beeinträchtigung der Verkehrssicherheit kommen wird kurzfristig reagiert. Im Bereich der Christian-Schmückle Staffel ist ein Geländer vorhanden. Der defekte Asphaltbelag auf den Podesten wird erneuert. Im Verlauf des Jahres 2022 wird im

ATU ein Sachstandsbericht zum Zustand der Backnanger Staffeln erstattet.

Stadtrat Härtner zeigt sich damit einverstanden und teilt mit, dass der Antrag damit erledigt sei.

6. Antrag der Bündnis 90/Grünen-Fraktion – Feuchtgebiete

Herr Großmann verliest den Antrag: „In Backnang verschwinden vermehrt Feuchtgebiete, die eine tragende Rolle in der Entwicklung der Artenvielfalt spielen. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bittet die Stadtverwaltung einen Maßnahmenplan zu erstellen um gezielt die Lebensräume von Amphibien zu schützen und aufzubauen (z.B. Plattenwald, Krähenbach,).“

Er führt anschließend anhand einer Präsentation (siehe Anlage) aus:

Wird bereits im Zuge der Ersatzplanung „Pfaffenrinne“ erstellt.

Stadtrat Härtner teilt mit, dass der Antrag damit erledigt sei.

7. Antrag der Bündnis 90/ Grünen-Fraktion – Durchgängigkeit der Murr

Baudezernent Setzer verliest den Antrag: „Zur Erhöhung der Artenvielfalt ist es dringend erforderlich, die Durchgängigkeit der Murr für Fische und Kleinlebewesen herzustellen. Die drei Wehre an der Murr stellen eine Barriere für diese Tiere dar. Daher bittet die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen um Erstellung eines Zeitplans zur Beseitigung der Wehre am Biegel, am Goggenbachareal und eine Verbesserung des Bleichwiesenwehres.“

Er führt anschließend anhand einer Präsentation (siehe Anlage) aus:

Die europäische Wasserrahmenrichtlinie gibt insbesondere vor, spätestens bis zum Jahr 2027 eine vollständige ökologische Durchgängigkeit der Gewässer sicherzustellen. Für Backnang sind in dem Zusammenhang insbesondere folgende Maßnahmen vorgesehen bzw. in Prüfung:

- Verbesserung der Habitatfunktion der Murr im gesamten Lauf auf Backnanger Gemarkung im Rahmen der Fortschreibung des Gewässerentwicklungsplans
- Beseitigung des Biegelwehres und Neubau einer rauen Rampe an gleicher Stelle
- Machbarkeitsstudie zum Neubau einer Fischtreppe im Bereich des Bleichwiesenwehres unter Beibehaltung der städtebaulichen Wirkung des Wehres
- Klärung der Machbarkeit einer rauen Rampe im Bereich des sog. „Kaess-Wehres“ im

Bereich der Fabrikstraße im Kontext mit der IBA'27.

Stadtrat Härtner teilt mit, dass es im Bereich des „Kaess-Wehr“ einen Kanal gebe, welcher eventuell genutzt werden könne.

Baudezernent Setzer teilt mit, dass dies gegebenenfalls eine Option sei und man dies prüfen werde.

Stadtrat Härtner zeigt sich einverstanden und teilt mit, dass der Antrag erledigt sei.

8. Antrag der Bündnis 90/Grünen-Fraktion – Sprachförderung

Frau Wüllenweber verliest den Antrag: „Da einige Kinder in der Grundschule Probleme mit gebrochenem Deutsch haben und dies zu Einschränkungen im Unterrichtsgeschehen führen kann, bittet die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen um Sachstand zur Sprachförderung von Kindergartenkindern und Vorschulkindern.“

Sie führt anschließend anhand einer Präsentation (siehe Anlage) aus:

Sachstandsbericht erfolgt in einem JSA vor der Sommerpause 2022

Stadtrat Härtner zeigt sich mit dem Vorschlag einverstanden und teilt mit, dass der Antrag damit erledigt sei.

Stadtrat Gül bittet darum, dass man regelmäßig in die Gruppenzusammensetzungen innerhalb des Kindergartens betrachte, um hier eine Durchmischung sicherzustellen.

Der Vorsitzende teilt mit, dass man hierzu ebenfalls im Sachstandsbericht berichten werde.

9. Antrag der Bündnis90/ Grünen-Fraktion – Ausweitung „Vialytics“

Herr Kaltenleitner verliest den Antrag: „Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bittet die Stadtverwaltung um Erweiterung des Einsatzes des Vialytics-Tools für Gehwege und Fahrradwege. Wir bitten um schnellstmögliche Erfassung und Aufhebung von verkehrstechnischen Sicherheitsmängeln im gesamten Verkehr durch einen digitalisierten Maßnahmenkatalog.“

Er führt anschließend anhand einer Präsentation (siehe Anlage) aus:

Die Stadtverwaltung sieht die Sinnhaftigkeit der Ausweitung. Ein Angebot für das Vialytics-Tool zur Erfassung und Auswertung von Radwegen wurde angefordert. Das Tool könnte auch für die Erfassung von Schäden im Bereich der Gehwege verwendet werden. Es muss jedoch geprüft werden, ob für diese Ausweitung die personellen Ressourcen im Baubetriebshof ausreichend sind.

Stadtrat Härtner teilt mit, dass es immer wieder Teilstücke an Gehwegen gebe, an welchen nichts aufgearbeitet wurde. Er bittet darum, das Programm ebenfalls für Gehwege einzusetzen.

Herr Kaltenleitner teilt mit, dass eine Auswertung der Gehwege derzeit beim Programm „Vialytics“ umgesetzt werde. Es handle sich dabei um ein neues zusätzliches Tool.

Stadtrat Härtner teilt mit, dass der Antrag hiermit erledigt sei.

Stadtrat Dr. Ketterer merkt an, dass nicht alle Gehwege neben Straßen liegen. Diese dürfe man nicht vergessen.

10. Antrag der Bündnis 90/Grünen-Fraktion – CO2-Neutralität von Bauprojekten

Baudezernent Setzer verliest den Antrag: „Die bevorstehenden Bauprojekte verursachen in der Bauverwaltung eine starke Personalbindung. Die Bauverwaltung stellt eine Fachperson ein, die ihren besonderen Schwerpunkt auf CO2-Neutralität bei den Bauprojekten legt.“

Er führt anschließend anhand einer Präsentation (siehe Anlage) aus:

Im Zuge der Stellenplanung wurde bereits eine zusätzliche Stelle im technischen Gebäudemanagement/Energieplanung geschaffen. Der/die Stelleninhaber/in wird sich zur Bewältigung der Aufgabe mit dem zukünftige/n Klimaschutzmanager/in intensiv abstimmen.

Stadtrat Härtner teilt mit, dass der Antrag mit Stellungnahme der Verwaltung erledigt sei.

11. Antrag der Bündnis 90/Grünen-Fraktion – Proberäume

Herr Ellrott verliest den Antrag: „Seit Jahren besteht in Backnang ein klarer Mangel an öffentlichen Proberäumen für Musikbands, Künstler*innen und Vereinen. Durch den Abriss von verschiedenen Gebäuden ist es Künstler*innen mittlerweile fast ausschließlich nur noch möglich in privaten Räumen zu proben. Backnang hat nach wie vor eine aktive Musik- und Kulturszene die es entsprechend zu fördern gilt. Um den Künstler*innen ein

erfolgsversprechendes Schaffen zu ermöglichen, sollten von städtischer Seite Möglichkeiten zur Errichtung öffentlicher Proberäume geprüft und durchgesetzt werden. Auch in neuen Bauprojekten sollte die Errichtung von möglichen Kulturräumen geprüft werden.

Daher beauftragt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Stadtverwaltung den Bestand der aktuell nutzbaren Proberäume für Musikbands, Künstler*innen und Vereine zu prüfen und einen Bericht zu erstellen. Des Weiteren wird die Verwaltung beauftragt zu überprüfen, in welchen Formen Proberäume eingerichtet werden können und dies durchzusetzen.“

Er führt anschließend anhand einer Präsentation (siehe Anlage) aus:

Insbesondere im Zuge der IBA 27 soll versucht werden, weitere Räumlichkeiten zu schaffen. Zudem findet laufend eine Prüfung über interimswise Nutzung städtischer Liegenschaften statt, sofern baurechtliche- und immissionsrechtliche Voraussetzungen dies erlauben.

Stadtrat Lachenmaier erkundigt sich nach einem Sachstandsbericht über die dortigen, möglichen Planungen.

Der Vorsitzende merkt an, dass man mögliche Interimslösungen schaffen könne und dies noch prüfen werde.

Stadtrat Härtner teilt mit, dass der Antrag erledigt sei.

12. Antrag der Bündnis 90/ Grünen-Fraktion – energetische Analyse von Bauprojekten

Baudezernent Setzer verliest den Antrag: „Weltweit entstehen 38 % des CO₂-Ausstosses durch Gebäude und durch das Bauen derselben. So entsteht etwa bei der Erzeugung einer Tonne Zement 590 Kilogramm CO₂. Auch in Backnang wird viel gebaut. Das IBA-Gelände kann als beispielhaftes, zukunftsweisendes Projekt nur klimaschonend gebaut werden. Das Recycling von Baumaterial wird und muss Bestandteil jedes neuen Bauprojekts werden.

Daher beantragt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine energetische Analyse aller künftiger Bauprojekte in Backnang im Sinne des Erreichens der Klimaziele 2030 und prüft die Möglichkeit des Baustoffrecyclings. Die Ergebnisse der Analysen werden verpflichtend miteinbezogen.

Zur vertiefenden Beschäftigung mit dem Thema seien aus einer Vielzahl von Treffern im Internet untenstehende drei exemplarisch herausgegriffen.

<https://www.springerprofessional.de/recycling/baustoffe/baustoffrecycling-lohnt->

sich/17811056 (Springerpresse)

<https://www.quarks.de/umwelt/darum-brauchen-wir-eine-bauwende/>
(Wissenschaftsmagazin)

<https://www.vdz-online.de/zementindustrie/klimaschutz> (Zementindustrie)“

Er führt anschließend anhand einer Präsentation (siehe Anlage) aus:

Im Rahmen des Klimaschutzkonzeptes werden entsprechende Richtlinien erarbeitet, die – sofern vom Gemeinderat beschlossen – für künftige Bauprojekte verbindlich sein sollen.

Stadtrat Härtner zeigt sich einverstanden und teilt mit, dass der Antrag hiermit erledigt sei.

13. Antrag der Bündnis 90/ Grünen- Fraktion – Grabenstraße

+

1. Antrag der SPD-Fraktion – Grabenstraße

Herr Großmann verliest den Antrag: „Die Grabenstraße hat sich in den letzten Jahren in Bezug auf die Aufenthaltsqualität gut entwickelt. Für viele Bürger ist der Durchgangsverkehr ein großes Ärgernis. Zur weiteren Verbesserung der Aufenthaltsqualität beantragen wir die Schließung der Grabenstraße für den Durchgangsverkehr.“ sowie den Antrag: „Wir beantragen, die Grabenstraße für den Durchgangsverkehr zu sperren und die notwendigen Voraussetzungen für eine primäre Nutzung als Einkaufsstraße zu schaffen. Probesthalber soll die Durchfahrt an Samstagen und Sonntagen bereits ab Frühjahr 2022 untersagt werden.“

Er führt anschließend anhand einer Präsentation (siehe Anlage) aus:

Die Stadtverwaltung plant zunächst den Stadtentwicklungsausschuss mit Konzepten zu befassen.

Stadtrat Härtner zeigt sich mit dem Vorschlag einverstanden.

Stadtrat Franke teilt mit, dass dies zeitnah im kommenden Jahr geschehen müsse und er ebenfalls mit dem Vorschlag einverstanden sei.

Anträge der SPD-Fraktion

1. Antrag der SPD-Fraktion – Grabenstraße

Wir beantragen, die Grabenstraße für den Durchgangsverkehr zu sperren und die notwendigen Voraussetzungen für eine primäre Nutzung als Einkaufsstraße zu schaffen. Probehilber soll die Durchfahrt an Samstagen und Sonntagen bereits ab Frühjahr 2022 untersagt werden.

Der Vorsitzende teilt mit, dass der Antrag bereits mit Antrag Nr. 13 der Bündnis 90/Grünen-Fraktion beantwortet wurde.

2. Antrag der SPD-Fraktion – Freibad-Gebühren

Erster Bürgermeister Janocha verliest den Antrag: „Wir beantragen, die überhöhten Hallen- u. Freibadgebühren im ‚Kurbadebereich‘ zu modifizieren.“

Er führt anschließend anhand einer Präsentation (siehe Anlage) aus:

Der Kurbadebereich mit 1,5 Std. kostet 6,90 €. Mit der Sportschwimmerkarte (40,00 €, Gültigkeit 1 Jahr) reduziert sich der Eintrittspreis um 50 % auf 3,45 €, was für dieses Angebot günstig ist und von den Vielschwimmern gerne genutzt wird.

Stadtrat Franke teilt mit, dass sich der Kurbade-Bereich nicht nur auf bestimmte Zeitslots begrenzen solle.

Stadtrat Dr. Ketterer antwortet, dass die 6,90 € zu jeder Zeit gelten.

Stadtrat Franke ergänzt, dass der Antrag sowohl für das Freibad als auch für das Hallenbad gestellt wurde.

Stadträtin Lohrmann merkt an, dass man durch diese Preise die Schwimmer in Backgang behalten wolle.

Erster Bürgermeister Janocha schlägt vor, dass man den Sachverhalt im zuständigen Gremium beraten werde.

Stadtrat Franke rät, den Antrag nochmals mitzunehmen und zu bearbeiten. Er wünsche sich, dass man sich von den 6,90 € trenne.

Der Vorsitzende teilt mit, dass man den Sachverhalt mit in den Aufsichtsrat nehmen werde.

Stadtrat Franke zeigt sich mit dem Vorgehen einverstanden.

3. Antrag der SPD-Fraktion – Fahrradboxen

Wir beantragen die Aufstellung abschließbarer Boxen in der Innenstadt und für Gäste des Bürgerhauses, damit eine sichere Verwahrung der oft sehr wertvollen Fahrräder möglich wird.

Der Vorsitzende teilt mit, dass der Antrag bereits mit Antrag Nr. 6 der CDU-Fraktion beantwortet wurde.

4. Antrag der SPD-Fraktion – Stärkung städtischer Wohnbau

Wir beantragen die Stärkung der Städt. Wohnbau durch eine weitere Verbesserung ihrer finanziellen Ausstattung und personellen Erweiterung, um den wachsenden Herausforderungen gerecht werden zu können.

Der Vorsitzende teilt mit, dass der Antrag bereits mit Antrag Nr. 2 der CDU-Fraktion beantwortet wurde.

5. Antrag der SPD-Fraktion – Sanierung P+R Platz Maubach

Herr Kaltenleitner verliest den Antrag: „Wir beantragen die provisorische Sanierung des P+R-Platzes am Bahnhof Maubach, damit im Vorgriff auf die noch nicht terminierte endgültige Sanierung die Nutzung weiterhin möglich bleibt.“

Er führt anschließend anhand einer Präsentation (siehe Anlage) aus:

Gemäß dem Beschluss des ATU vom 28.01.2021, wird derzeit eine ordnungsgemäße Entwässerung der Stellplatzfläche hergestellt, so dass insbesondere bei Starkregenereignissen die angrenzenden privaten Grundstücksflächen geschützt werden. Die Deutsche Bahn hat der Stadtverwaltung aktuell mitgeteilt, dass sie beabsichtigt, im Jahr 2027 die Bahnsteighöhen baulich anzupassen, so dass ein barrierefreier Zugang zu den Zügen gewährleistet ist. Im Zuge dieser Baumaßnahmen werden größere Bereiche der P+R-Anlage als Baustelleneinrichtungsfläche benötigt. Erst nach Abschluss dieser Maßnahme sollte sinnvollerweise die gesamte Stellplatzanlage grundlegend saniert werden.

Die Stadtverwaltung wird bis dahin aber Instandhaltungsmaßnahmen durchführen, so dass eine akzeptable Nutzung der Fläche gewährleistet ist.

Stadtrat Franke teilt mit, dass dies in Ordnung sei, wenn dies bis 2027 erledigt sei.

Stadtrat Scheib merkt an, dass ebenfalls der Bahnhof renoviert werden müsse. Dies könne man gegebenenfalls im selben Rahmen vornehmen. Ebenfalls regt er an, ein Parkdeck zu bauen.

Der Vorsitzende teilt mit, dass man diesen Hinweis aufnehme.

Stadtrat Franke teilt mit, dass der Antrag erledigt sei.

6. Antrag der SPD-Fraktion – Schotterflächen

Der Vorsitzende verliest den Antrag: „Wir beantragen, alle städtischen Schotterflächen naturfreundlich umzugestalten.“

Er führt anschließend anhand einer Präsentation (siehe Anlage) aus:

Dieser Antrag wurde bereits im Rahmen der GR-Sitzung am 04.11.2021 im Sinne des Antragsstellers beantwortet.

Stadtrat Franke teilt mit, dass der Antrag hiermit erledigt sei.

7. Antrag der SPD-Fraktion – Modifizierung Kindergartengebühren

Der Vorsitzende verliest den Antrag: „Wir beantragen spätestens zum Jahresbeginn 2023 die kinderzahl- und nutzungsabhängige Modifizierung der Kosten für die Nutzung der städt. Kinderbetreuungsangebote (Kita, Hort etc.).“

Er führt anschließend anhand einer Präsentation (siehe Anlage) aus:

Das weitere Vorgehen wurde bereits in der Sitzung des Gemeinderats am 02. Dezember 2021 beschlossen. Bis zur Sommerpause 2022 werden alternative Gebührenmodelle zur Entscheidung vorgelegt.

Stadtrat Franke zeigt sich einverstanden und teilt mit, dass der Antrag erledigt sei.

Stadtrat Schweizer erkundigt sich, ob ebenfalls ein Vorschlag mit Elterngeld vorgeschlagen werde.

Erster Bürgermeister Janocha teilt mit, dass man dies aktuell noch nicht sagen könne.

8. Antrag der SPD-Fraktion – Ärztliche Versorgung

Der Vorsitzende verliest den Antrag: „Wir beantragen, zusammen mit dem Landkreis zu prüfen, welche Möglichkeiten bestehen oder geschaffen werden müssen, um den sich weiter abzeichnenden Defiziten in der ambulanten ärztlichen Versorgung (u.a. durch Schließung von Praxen) begegnen zu können. Dabei soll auch ein besonderes Augenmerk auf den kinderärztlichen Bereich gerichtet werden.“

Er führt anschließend anhand einer Präsentation (siehe Anlage) aus:

Die Verwaltung sieht den Handlungsbedarf und es wird fortlaufend daran gearbeitet, um eine Verbesserung zu erzielen. Herr Oberbürgermeister Friedrich hat bereits eine entsprechende Initiative als Kreisrat ergriffen. Im Bereich der südlichen Stadtteile wird derzeit über die Städtische Wohnbau geprüft, eine Immobilie zur ärztlichen Versorgung zur Verfügung zu stellen.

Stadtrat Scheib appelliert, etwas in den südlichen Stadtteilen zu unternehmen.

Stadträtin Dr. Ulfert befürwortet das Vorgehen der Stadtverwaltung.

Stadtrat Franke zeigt sich einverstanden und teilt mit, dass der Antrag erledigt sei.

9. Antrag der SPD-Fraktion – Ausbau Fußgängerstaffel Aspacher Straße

Herr Kaltenleitner verliest den Antrag: „Wir beantragen, die Fußgängerstaffel von der Aspacher Str. zur Roßbergstraße behindertenfreundlich umzugestalten.“

Er führt anschließend anhand einer Präsentation (siehe Anlage) aus:

Es liegt ein Vorentwurf zur barrierefreien Fußwegeverbindung von der Aspacher Straße zur Roßbergstraße vor. Vorläufig werden die Kosten auf ca. 70.000 Euro brutto geschätzt. Im Haushalt 2022 sind für diese Maßnahme keine Mittel eingestellt. Eine Umsetzung der Maßnahme könnte bei positiver Beschlussfassung auch unter Berücksichtigung des notwendigen planerischen Vorlaufs im Jahr 2023 erfolgen. Die notwendigen Finanzierungsmittel sind im Finanzhaushalt 2023 einzuplanen.

Stadtrat Franke teilt mit, dass von Seiten der Verwaltung hier ebenfalls Unterstützung angebracht sei.

Der Vorsitzende merkt an, dass man hierzu bereits eine Vorplanung erstellt habe und dies daher umsetzen möchte.

Baudezernent Setzer teilt mit, dass im aktuellen Haushalts keine Mittel eingestellt seien. Man könne dies in einem Ausschuss für Technik und Umwelt nochmals besprechen und für den Haushalt 2023 einplanen.

Stadtrat Franke führt aus, dass es sekundär sei, ob dies 2022 oder 2023 umgesetzt werde. Wichtig sei, dass es umgesetzt werde.

Der Vorsitzende teilt mit, dass man diese Position im Haushalt 2023 einbringen könne.

Stadtrat Franke zeigt sich einverstanden und teilt mit, dass der Antrag erledigt sei.

10. Antrag der SPD-Fraktion – Turngeräte für Erwachsene

Der Vorsitzende verliest den Antrag: „Wir beantragen zu prüfen, inwieweit auf städt. Kinderspielplätzen auch Sport/Turngeräte für Erwachsene (bes. Senioren) installiert werden können, um auf einfache Weise Bewegungsanreize zu schaffen.“

Der Vorsitzende teilt mit, dass der Antrag bereits mit Antrag Nr. 9 der CDU-Fraktion beantwortet wurde.

11. Antrag der SPD-Fraktion – Schwimmunterricht

Erster Bürgermeister Janocha verliest den Antrag: „Wir beantragen, während des Neubaus der Karl-Euerle-Halle den schulischen Schwimmunterricht als Ausgleich für den entfallenden Sportunterricht zu intensivieren und damit auch verstärkte Anstrengungen zu unternehmen, Kindern frühzeitig das Schwimmen beizubringen.“

Er führt anschließend anhand einer Präsentation (siehe Anlage) aus:

Das Interesse der Schulen und Vereinen an einer Nutzung unseres Bades ist sehr groß. Der Belegungsplan des Bades ist zwischenzeitlich sehr eng getaktet. Es gibt keine Zeitfenster mehr, in welchen der Betreiber noch freie Kapazitäten hat. Teilweise finden bereits jetzt Schwimmkurse während den normalen Öffnungszeiten statt, so dass die Besucher des Bades schon jetzt eine eingeschränkte Verfügbarkeit der Wasserfläche haben. Dies führt zu Unmut bei bezahlenden Besuchern. Aus diesem Grunde können im Augenblick keine weiteren Wasserflächen für schulischen Schwimmunterricht als Ausgleich für den entfallenden Sportunterricht zur Verfügung gestellt werden.

Erster Bürgermeister Janocha schlägt ebenfalls vor, dass man dies erneut für die Nutzung des Freibads prüfen werde.

Stadtrat Franke teilt mit, dass man einen Kompromiss finden müsse. Der Antrag sei erledigt.

12. Antrag der SPD-Fraktion – Barrierefreier Ausbau Geh- und Fußwege

Baudezernent Setzer verliest den Antrag: „Wir beantragen einen Bericht der Verwaltung, inwieweit die innerstädtischen Geh- und Fußwege barrierefrei genutzt werden können und welche Maßnahmen zur strukturellen Verbesserung geplant sind.“

Er führt anschließend anhand einer Präsentation (siehe Anlage) aus:

Im Jahr 2017 wurde ein Fußverkehrs-Check im Rahmen des einschlägigen Landesprogramms durchgeführt. Hierbei wurden an ausgewählten Stellen im Stadtgebiet exemplarische Lösungen zur Sicherstellung der Barrierefreiheit im öffentlichen Raum erarbeitet.

Die Stadtverwaltung wird im Rahmen einer ATU-Sitzung im Jahr 2022 einen Sachstandsbericht über die konkrete Umsetzung von Maßnahmen zur Herstellung der Barrierefreiheit erstatten.

Stadtrat Franke teilt mit, dass er mit dem Vorschlag einverstanden sei.

Stadtrat Scheib teilt mit, dass die Gehwege in Backnang teilweise sehr schräg seien, was für älteren Personen sehr schwierig sei. Er teilt mit, dass man dies künftig beachten solle.

Baudezernent Setzer teilt mit, dass man konkrete Stellen gerne nochmals betrachten könne.

13. Antrag der SPD-Fraktion – Energiewende der Stadtwerke

Der Vorsitzende verliest den Antrag: „Wir beantragen, den Aufsichtsrat der Stadtwerke Backnang zu bitten, sich intensiv mit den Möglichkeiten eines eigenen Beitrags zur notwendigen Energiewende (Verminderung der Nutzung fossiler Energien, Ausbau regenerativer Energieträger) zu befassen.“

Er führt anschließend anhand der Präsentation (siehe Anlage) aus:

Mit dem Aufsichtsrat der Stadtwerke findet diesbezüglich eine Klausurtagung im kommenden Jahr statt.

Stadtrat Franke teilt mit, dass er mit dem Vorgehen einverstanden sei und der Antrag hiermit erledigt sei.

14. Antrag der SPD-Fraktion – „Spritnasenkreuzung“

Der Vorsitzende verliest den Antrag: „Wir beantragen, mit den Gemeinden des Weissacher Tals und Althütte Gespräche bzgl. gemeinsamer Aktivitäten zur Verhinderung der geplanten ampelgeregelten ‚Spritnasenkreuzung‘ im Zuge des Neubaus der B 14 und alternativ des dafür notwendigen kreuzungsfreien Ausbaus zu suchen.“

Er führt anschließend anhand einer Präsentation (siehe Anlage) aus:

Die Stadtverwaltung war und ist im kontinuierlichen Austausch mit den Gemeinden in der Raumschaft Backnang und strebt an, in Sachen B 14 abgestimmt gegenüber dem RP Stuttgart zu agieren.

Stadtrat Franke teilt mit, dass der Antrag erledigt sei.

Anträge der Zählgemeinschaft BfB-FDP/BIG

1. Antrag der BfB-FDP/BIG – E-Ladestruktur für E-Bikes

Herr Großmann verliest den Antrag: „Die Verwaltung prüft den Ausbau der E-Ladestruktur für E-Bikes in den südlichen Stadtteilen. Begründung: Bereiche wie Opti-Waldrems und der Bahnhof Maubach werden vom Umland hoch frequentiert. Hier muss für die E-Bikes die Möglichkeit zum Nachladen geschaffen werden.“

Er führt anschließend anhand einer Präsentation (siehe Anlage) aus:

Das Stadtplanungsamt hat im Rahmen der Antragsbeantwortung im Gemeinderat am 04.11.2021 ausführlich über ein Konzept zur flächendeckenden Umsetzung von Ladeinfrastruktur in Backnang berichtet.

Stadträtin Klinghoffer teilt mit, dass der Antrag hiermit erledigt sei.

2. Antrag der BfB-FDP/BIG – E-Ladestruktur Rathaus und Bleichwiese

Herr Großmann verliest den Antrag: „Die Verwaltung prüft den Ausbau der E-Ladestruktur für E-Bikes am alten Rathaus in Backnang und an der Bleichwiese. Begründung: Viele

Radtouristen besuchen die Backnanger Innenstadt v. a. am Wochenende. Ansässiges Gewerbe sowie Gastronomie stellen zurzeit die Möglichkeit zum Nachladen zur Verfügung – dies kann keine Dauerlösung sein.“

Er führt anschließend anhand einer Präsentation (siehe Anlage) aus:

Priorität liegt in der Schaffung von sicheren Abstellmöglichkeiten.

Stadtrat Bauer teilt mit, dass zumindest an diesen Plätzen E-Ladestationen geschaffen werden können.

Herr Großmann teilt mit, dass dies für die Bleichwiese möglich wäre. Das Historische Rathaus stehe unter Denkmalschutz, weshalb man hiervon absehe.

Stadträtin Klinghoffer teilt mit, dass man sich nach möglichen Alternativen umschauchen müsse.

Der Vorsitzende teilt mit, dass man dazu zustimmen könne.

Stadträtin Klinghoffer teilt mit, dass der Antrag damit erledigt sei.

3. Antrag der BfB-FDP/BIG - Ersatzsportunterricht Neubau Karl-Euerle-Halle

Baudezernent Setzer verliest den Antrag: „Die Verwaltung erarbeitet einen detaillierten Plan für den Ersatzsportunterricht während der Bauphase der Karl-Euerle-Halle. Begründung: Es soll dem Gemeinderat die Möglichkeit gegeben werden, sich mit den verantwortlichen Sportlehrern konstruktiv auszutauschen, um eventuelle Defizite zu kompensieren. Es muss ein weiterhin hochwertiger Sportunterricht für die Schüler stattfinden. Wir wünschen uns, dass dieser Arbeitskreis für alle zugänglich in einer“

Er führt anschließend anhand einer Präsentation (siehe Anlage) aus:

Die Stadtverwaltung hat im BA KEH umfassend den aktuellen Stand des Konzepts zur Sicherstellung des Ersatzunterrichts im Rahmen der Bauzeit der neuen Schul- und Vereinssporthalle vorgestellt. Kernelement des Konzepts ist die interimswise Nutzung der Tennishalle in Oppenweiler für den Schul- und Vereinssport. Derzeit befindet sich die Stadtverwaltung in der finalen Phase der Mietvertragsverhandlungen.

Stadtrat Scheib teilt mit, dass man beachten müsse, dass auch weiterhin auch guter Unterricht gewährleistet werde. Die Lehrpläne müssen trotz des Baus ordnungsgemäß

umgesetzt werden.

Der Vorsitzende teilt mit, dass man hierzu bereits gute Gespräche geführt habe.

Stadtrat Dobler berichtet, dass im Max-Born-Gymnasium ein Fitness-Raum eingerichtet wurde.

Stadträtin Klinghoffer teilt mit, dass der Antrag damit erledigt sei.

4. Antrag der BfB-FDP/BIG – Reduzierung des innerstädtischen Verkehrs

Baudezernent Setzer verliert den Antrag: „Die Verwaltung möge eine Planung zur Reduzierung des innerstädtischen Verkehrsaufkommens aufzeigen. Hier sollte unter anderem eine Trasse im Westen, parallel zur B14 bis zur Spritnase/Heinrich-Hertz-Straße, geprüft werden. Ebenfalls ist zu prüfen, ob Fördermöglichkeiten von Bund bzw. Land bestehen, da in der Planung der neuen Bundesstraße die Trasse für langsam fahrenden Verkehr schlichtweg vergessen wurde. Begründung: Die Stadt Backnang muss immer mehr Wohnquartiere ausweisen, um die Wohnsituation zu verbessern. Dies bringt automatisch eine Erhöhung der Einwohnerzahl mit sich. Wir haben das grundsätzliche Problem, dass die Stadt Backnang durch eine Bahnlinie in Nord und Süd geteilt ist. Die einzige große Verbindung ist die Stuttgarter Straße/Blumenstraße. Wir müssen den Verkehr aus der Stadt bringen, der nicht unsere Kernstadt besuchen möchte. Auch langsam fahrende Fahrzeuge unter 60 km/h müssen eine Möglichkeit finden / Alternative haben, um die Stuttgarter Straße zu entlasten (Blumenstraße). Dies besonders unter dem Aspekt, dass bereits Planungen bestehen, welche eine Reduzierung auf eine einspurige Blumenstraße/Stuttgarter Straße vorsehen.“

Er führt anschließend anhand einer Präsentation (siehe Anlage) aus:

Die Stadtverwaltung bereitet derzeit die planerischen Grundlagen für die Neuaufstellung des Mobilitätsplans (vormals Verkehrsentwicklungsplan) vor. Im Rahmen einer ATU-Sitzung im Jahr 2022 werden die wesentlichen Ziele, Inhalte und Strategien zur Erarbeitung des Mobilitätsplans vorgestellt.

Stadträtin Klinghoffer teilt mit, dass der Durchfahrtsverkehr durch die Innenstadt geleitet werden müsse. Mit der Handhabung sei sie einverstanden und der Antrag damit erledigt.

5. Antrag der BfB-FDP/BIG – Murrkinder sollen schwimmen lernen.

Erster Bürgermeister Janocha verliert den Antrag: „Murrkinder sollen schwimmen

lernen“ – dies kann nicht allein die Aufgabe des Schulunterrichtes und der Eltern sein. Schwimmen dient nicht nur den Alltagskompetenzen, sondern ist auch für die Sicherheit der Kinder extrem lebenswichtig. Gut schwimmen zu können wäre also nicht nur Pflicht, sondern in unseren fantastischen Backnanger Murr-Bädern schlicht eine Wonne. Wegen des Lockdowns der vergangenen Monate konnten zehntausende Kinder in Deutschland nicht schwimmen lernen. Viele andere schafften es nicht, Kurse zu Ende zu belegen. Dies zeigt ein Blick in Presseberichte aus ganz Deutschland. Es ist ein Projekt in Zusammenarbeit mit der TSG/DLRG und Bäderbetreiber zu entwickeln. Das außerschulische Angebot in Backnang muss in der Kapazität stark ausgeweitet werden. Für dieses außerschulische Angebot muss die Stadt die Kosten tragen. Eine Möglichkeit bestünde darin, dies im Rahmen des Familienpasses zu ermöglichen. Es sollte eine Testphase von 2 Jahren vorgesehen werden. Begründung: Sportlehrer der weiterführenden Schulen beklagen sich über mangelnde Schwimmfähigkeit. Um das Ziel einer umfassenden und allgemeinen Schwimmförderung der Backnanger Murrkinder zu erreichen, müssen in den Haushalt Mittel eingestellt werden. Laut einer Studie der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft e. V. (DLRG) können immer weniger Kinder sicher schwimmen. Waren es in den 80er Jahren noch 90%, so sind es heute nur noch 40% aller Kinder, die mit Abschluss der 4. Klasse das Jugendschwimmabzeichen erworben haben. Der sogenannte Freischwimmer gilt als Mindestvoraussetzung für sicheres Schwimmen.“

Er führt anschließend anhand einer Präsentation (siehe Anlage) aus:

Bereits in diesem Jahr haben in Kooperation mit der TSG Backnang in den Sommerferien Schwimmkurse stattgefunden, um die große Nachfrage zu decken. In dieser Zeit fanden täglich 6 Schwimmkurse mit jeweils 10 Kindern statt. Aktuell bietet die TSG Backnang, DLRG und die InterSPA regelmäßig Schwimmkurse an. Dieses Angebot wird es auch in Zukunft verstärkt geben. Eine 50%-Förderung über den Familien- und Kulturpass ist teilweise bereits gegeben und wird auf alle Schwimmkurse ausgedehnt.

Stadträtin Klinghoffer bittet um eine möglichst rasche Umsetzung und teilt mit, dass der Antrag hiermit erledigt sei.

Stadtrat Gül ergänzt, dass die personellen Kapazitäten in der TSG ebenfalls begrenzt seien.

6. Antrag der BfB-FDP/BIG – „Hop-on/Hop-off“- Personenbeförderungsfahrzeug

Die Verwaltung prüft die Einrichtung eines „Hop-on/Hop-off“- Personenbeförderungsfahrzeugs, das kostenlos und in hoher Frequenz durch die Innenstadt zirkuliert. Begründung: Durch die geographische Lage muss es für einen Besucher unserer

Stadt attraktiv sein, sein Fahrzeug nicht in der Kernstadt zu parken. Wir könnten uns zur Erprobung eine Linie von der Oberen Bahnhofstrasse (PR-Parkplatz), Untere Bahnhofstraße, durch die Marktstraße, zur Bleichwiese, Grabenstraße, Eduard-Breuninger-Straße, Adenauer-Parkhaus zurück zum Bahnhof vorstellen. Ziel soll es sein, Backnangs Innenstadt vom Individualverkehr zu entlasten und somit die Attraktivität Backnangs als Einkaufs- und Wohnstadt zu steigern. Wir bitten die Verwaltung zu prüfen, auf welchen Linien und zu welchen Zeiten dies realisierbar ist, welche Finanzierungsmöglichkeiten bestehen, ob es Fördermittel von Land- oder Bund gibt und wie mögliche Fahrgastzahlen ermittelt werden können.

Der Vorsitzende teilt mit, dass der Antrag bereits mit Antrag Nr. 14 der CDU-Fraktion beantwortet wurde.

7. Antrag der BfB-FDP/BIG – Nutzungskonzept städtischer Immobilien

Der Vorsitzende verliest den Antrag: „Die Verwaltung möge ein Konzept vorlegen, mit dem sie darlegt, wie angekaufte Immobilien im Innenstadtbereich, wie z. B. das neu erworbene Burgel-Gebäude, einer zeitweisen Vermietung für Existenzgründer, Pop-up Stores oder Kulturprojekten zugeführt werden können. Begründung: Die Stadt betätigt sich bereits im Innenstadtbereich als Investor indem sie Immobilien ankauft, um zu einem späteren Zeitpunkt entscheidenden Einfluss auf die Ausgestaltung von ganzen Quartieren zu haben. In der Zeit zwischen Ankauf und Weiterveräußerung hat die Stadt als Immobilieneigentümer eine Verantwortung und Vorbildfunktion zur Wiederbelebung und Attraktivitätssteigerung der Innenstadt beitragen und sollte die Freiflächen der kostengünstigen Vermietung zuführen.“

Er führt anschließend anhand einer Präsentation (siehe Anlage) aus:

Die zukünftige Stabsstellenleitung Wirtschaftsförderung/Stadtmarketing wird hierzu einen Bericht abgeben.

Stadträtin Klinghoffer zeigt sich damit einverstanden. Der Antrag ist damit erledigt.

8. Antrag der BfB-FDP/BIG – Planung auf städtischen Liegenschaften

Baudezernent Setzer verliest den Antrag: „Die Verwaltung möge offenlegen, welche Grundstücke und Gebäude sich aktuell in städtischer Hand befinden und welche Planungen bezüglich der Bebauung/Veräußerung existieren. Begründung: Der soziale Wohnungsbau

gehört mit in städtische Hand. Wir wollen diskutieren, welche Möglichkeiten die Stadt bereits heute in Händen hält, um kurzfristig mit der Städtischen Wohnbau in den sozialen Wohnungsbau einzusteigen, denn die Wohnungsnot, insbesondere im unteren Preissegment, ist am größten. Aktuell baut die Stadt auf die Quotenregelung zur Steigerung des Wohnangebots, die aber die Anschaffungskosten für den Käufer einer Eigentumswohnung verteuert und insbesondere junge Familien unnötig belastet. Das ist nicht sozial.“

Er führt anschließend anhand einer Präsentation (siehe Anlage) aus:

Die Vorstellung kommunaler Flächen und deren Verfügbarkeit wird im Rahmen einer der nächsten ATU-Sitzungen vorgestellt. Für die Quote im sozialen Wohnungsbau wird auf die Beschlusslage verwiesen.

Stadträtin Klinghoffer teilt mit, dass sie mit dem Vorgehen grundsätzlich einverstanden sei. Man müsse dabei jedoch auch ältere Gebäude beachten.

Baudezernent Setzer merkt an, dass Stadträtin Klinghoffer gerne betroffene Gebäude nennen dürfe, welche man sich dann näher anschauen könne.

Stadträtin Klinghoffer stimmt zu.

9. Antrag der BfB-FDP/BIG – Mehrkosten „klimaneutrales Bauen“

Der Vorsitzende verliest den Antrag: „Die Verwaltung möge darlegen, mit welchen Mehrkosten in Prozent der Bausumme ein Bauherr zukünftig im Zusammenhang mit den städtischen Vorgaben zum „Klimaneutralen Bauen“ eines Neubaus oder einer Umnutzung zu rechnen hat und welche Gutachten im Detail vorzulegen sind. Begründung: Aktuell plant die Stadt größere Bauvorhaben im Rahmen der Genehmigung auf Klimaneutralität hin zu bewerten, um letztlich eine Genehmigung zu erteilen. Die Planungs- und Herstellungskosten z.B. für Wohnungsbauunternehmen oder gewerbliche Bauherren werden dadurch steigen. Die Wohnungspreise werden in der Folge ebenso weiter nach oben gehen. Das Transparenzgebot macht es zwingend erforderlich darzulegen, welchen Anforderungen die Stadt in puncto Nachweise und Bauausführung an die Bauherren stellt.“

Er führt anschließend anhand einer Präsentation (siehe Anlage) aus:

Derzeit keine städtischen Vorgaben, für Private und Gewerbetreibenden. Die Baurelevanten Vorgaben kommen aus der Bundes- und Landesgesetzgebung. Derzeit sind auch keine

städtischen Vorgaben für Private und Gewerbliche geplant. Alles Weitere kann im Rahmen der kommunalen Wärmeplanung besprochen werden (Pflichtaufgabe).

Stadträtin Klinghoffer zeigt sich einverstanden und teilt mit, dass der Antrag erledigt sei.

10. Antrag der BfB-FDP/BIG - Sprachförderung für Mütter

Frau Wüllenweber verliest den Antrag: „Die Stadt möge im Detail darlegen, inwieweit die angebotenen Programme für Mütter zur Sprachförderung und Integration, um die frühkindliche Erziehung möglichst positiv zu begleiten, in den vergangenen 3 Jahren angenommen wurden. Begründung: Es gilt zu überprüfen, ob die Angebote niederschwellig genug sind, um Mütter zur Teilnahme zu motivieren. Rückmeldungen aus den Kindergärten legen nahe, dass die Anstrengungen verstärkt werden müssen.“ und führt anhand einer Präsentation (siehe Anlage) aus:

Im Rahmen einer der nächsten Sitzungen des JSA erfolgt ein Bericht.

Stadträtin Klinghoffer zeigt sich damit einverstanden.

11. Antrag der BfB-FDP/BIG – Zentrales Feuerwehrgerätehaus

Der Vorsitzende verliest den Antrag: „Die Stadtverwaltung möge unverzüglich in die Planungsdiskussion um ein neues zentrales Feuerwehrgerätehauses einsteigen und lädt dazu den neuen Feuerwehrkommandanten Thomas Rohnacher in eine Gemeinderatssitzung ein. Begründung: Der neue Feuerwehrkommandant Thomas Rohnacher hat sich zur Neuaufstellung der Backnanger Feuerwehr in der BKZ 12.11.2021 geäußert. Er thematisiert sowohl die Personal- als auch die Standortfrage, um mittelfristig handlungsfähig zu sein.“

Er führt anschließend anhand einer Präsentation (siehe Anlage) aus:

Grundlage für die Planungen ist die bereits beschlossene Feuerwehrbedarfsplanung, in welcher die zukünftige Ausrichtung der Wehr beinhaltet ist. Eine laufende Fortschreibung wird turnusgemäß erfolgen. Der Bedarfsplan sieht derzeit weiterhin den bestehenden zentralen Standort in der Stadt vor.

Stadtrat Scheib bittet darum, dass Herr Rohnacher seine Gedanken und Wünsche zur Backnanger Feuerwehr in einer Sitzung vorstellt.

Der Vorsitzende teilt mit, dass man dies zu gegebener Zeit machen könne.

Stadträtin Klinghoffer teilt mit, dass der Antrag damit erledigt sei.

12. Antrag der BfB-FDP/BIG – Kommunalen Ordnungsdienst

Frau Blumer verliest den Antrag: „Die Verwaltung richtet einen kommunalen Ordnungsdienst u. a. zur Regelung des fließenden Verkehrs ein. Begründung: Der zunehmende Rad- und Scooterverkehr bedarf einer Ordnung, damit ein einvernehmliches Miteinander von Fußgängern, Radfahrern und Autofahrern sichergestellt werden kann. Es ist schön, dass sich die Bedarfe dahingehend verändern, jedoch müssen Gefährdungen vermieden werden. Viele Radfahrer fahren auf dem Gehweg oder queren den Fußgängerüberweg fahrend.“

Sie führt anschließend anhand einer Präsentation (siehe Anlage) aus:

Die Stadtverwaltung ist als untere Verkehrsbehörde befugt Geschwindigkeitskontrollen durchzuführen. Sie besitzt jedoch keine Zuständigkeit den fließenden Verkehr zu überwachen und ist z. B. bei Geschwindigkeitskontrollen nicht befugt Fahrzeuge anzuhalten. Die Überwachung des fließenden Verkehrs obliegt ansonsten ausschließlich der Landespolizei, insbesondere den Verkehrskommissariaten. Die Etikettierung des städtischen Vollzugsdienstes als kommunalen Ordnungsdienst erweitert die genannte Zuständigkeit nicht.

Im Sinne des Antrages hat die Stadtverwaltung in der öffentlichen Sitzung des Verwaltungs- und Finanzausschuss am 16.9.2021 bereits beschlossen, eine zusätzliche Stelle für den städtischen Vollzugsdienst zu schaffen, die im Stellenplan für das Jahr 2022 berücksichtigt ist. Sollten weitere Stellen notwendig sein, wird der Personalbedarf unterjährig angepasst.

Stadträtin Klinghoffer schließt darauf, dass die Polizei unterbesetzt sei und man hier als Stadt etwas unternehmen müsse.

Der Vorsitzende bestätigt dies.

Stadtrat Bauer teilt mit, dass man mit Hilfe eines kommunalen Ordnungsdienstes die Polizei entlasten könne, da sich die Situation mit Fahrrad- und E-Scooter-Fahrern sich in der vergangenen Zeit sehr verschlechtert habe.

Frau Blumer erläutert, dass sowohl Fahrräder als auch E-Scooter zum fließenden Verkehr gehören. Man könne hier nichts unternehmen, da der kommunale Ordnungsdienst an dieser Stelle kein Zuständigkeitsrecht habe.

Stadtrat Bauer bittet darum, dass die Polizei hierzu Schwerpunktkontrollen durchführe.

Der Vorsitzende sichert zu, den Antrag entsprechend weiterzugeben.

Die BfB-FDP/BIG zeigt sich einverstanden und teilt mit, dass der Antrag erledigt sei.

13. Antrag der BfB-FDP/BIG – Verkehrserziehung in Kindergärten

Frau Wüllenweber verliest den Antrag: „Die Verwaltung startet eine jährlich wiederkehrende Aktion zur Verkehrserziehung in den Kindergärten und in den ersten beiden Grundschulklassen. Begründung: Neben dem Fahrradführerschein in der 3. Grundschulklasse müssen wir bereits unsere Kindergartenkinder für die Gefahren des Verkehrs sensibilisieren. Viele Kinder im Kindergartenalter sind bereits als Verkehrsteilnehmer unterwegs und den Gefahren ausgesetzt. Der tragische Unfall dieses Jahr am Kreisel Sulzbacher Straße sollte uns Mahnung sein, hier eine Intensivierung des Fahrsicherheitstrainings in Zusammenarbeit mit der Verkehrspolizei voranzubringen.“

Sie führt anschließend anhand einer Präsentation (siehe Anlage) aus:

Ein Bericht über die Verkehrserziehung in den Kitas erfolgt in einer der nächsten Sitzungen des JSA.

Stadträtin Klinghoffer zeigt sich damit einverstanden.

14. Antrag der BfB-FDP/BIG – Sichere Radwege

Der neue Mobilitätsbeauftragte erarbeitet ein Konzept „Sichere Radwege in die Nachbargemeinden“ und stimmt sich in der Verwaltungsgemeinschaft ab. Begründung: Das Radwegenetz besonders auf dem Backnanger Stadtgebiet ist lückenhaft. Die Verbindungen an die Radnetze der in der Verwaltungsgemeinschaft angeschlossenen Kommunen ist in oft katastrophalem Zustand oder gar nicht existent. Genannt seien beispielhaft die Verbindung von Backnang in das Weissacher Tal, von Heiningen in Richtung Unterweissach, zwischen Allmersbach und Heiningen-Kreisel, hier die sicheren Querungen für Radfahrer und Fußgänger. Eine Initiative innerhalb der Verwaltungsgemeinschaft soll den Rems-Murr-Kreis zu mehr Engagement motivieren.

Der Vorsitzende teilt mit, dass der Antrag bereits mit Antrag Nr. 7 der CDU-Fraktion beantwortet wurde.

15. Antrag der BfB-FDP/BIG - Attraktivität Landschaftserlebnisweg s´Äpple

Herr Großmann verliest den Antrag: „Die Verwaltung eruiert und präsentiert

Möglichkeiten, wie die Attraktivität des Landschaftserlebnisweg 's Äpple durch die Backnanger Gemarkung gesteigert werden kann. Begründung: Der Landschaftserlebnisweg 's Äpple führt als Rundwanderweg auf einer Länge von 84 km rund um die Backnanger Bucht. Allein 15,1 km befinden sich auf der Gemarkung Backnang. Wir haben eine neue Stelle „Geschäftsführung Mostviertel“ geschaffen. Dieser sollte sich unter anderem um das Kommunikationsdefizit z. B. Wikipedia-Seite bemühen. Aktuell zeigt sich der Landschaftserlebnisweg auf Backnanger Gemarkung in vielen Bereichen verwahrlost. Nach Regen erleben Wanderer einen Schlammfad. Hier ist umgehend Abhilfe zu schaffen. Konkrete Maßnahmen sollen bereits 2022 ergriffen werden.“

Er führt anschließend anhand einer Präsentation (siehe Anlage) aus:

Hierzu erfolgte bereits ein Bericht in der Sitzung des Gemeinderats am 30.09.2021.

Stadträtin Klinghoffer teilt mit, dass der Antrag erledigt sei. Sie ergänzt, dass der Wikipedia-Eintrag für die Stadt Backnang bisher noch nicht erfolgt sei, sondern lediglich für die Stadtteile.

16. Antrag der BfB-FDP/BIG - „E-Bike-Trainings für Senioren“

Frau Wüllenweber verliest den Antrag: „Intensivierung der „E-Bike-Trainings für Senioren“, organisiert durch das Seniorenbüro der Stadt Backnang zusammen mit dem ADFC. Die Stadt macht Vorschläge zur Unterstützung/Förderung der regelmäßigen und mehrfach jährliche stattfindenden Fahrtrainingskurse und Ausfahrten für Senioren. Dieses Konzept hat sich aus unseren Anträgen im Jahr 2017 / 2019 bewährt und muss intensiver fortgeführt werden. Begründung: Die Schulungen wurden überrepräsentativ gut angenommen und müssen ausgebaut werden, da immer mehr Senioren das E-Bike nutzen und dadurch die Unfallzahlen zunehmen. Da uns die Sicherheit der Backnanger Senioren am Herzen liegt, muss die Fahrkompetenz geschult werden.“

Sie führt anschließend anhand einer Präsentation (siehe Anlage) aus:

Das E-Bike-Training für Senioren musste coronabedingt ausgesetzt werden. Im Winter werden diese sicherheitsbedingt nicht angeboten. Neue Kurse sind für Frühjahr 2022 geplant. Übersteigt die Nachfrage das Angebot, wird dieses erweitert.

Stadträtin Klinghoffer teilt mit, dass der Antrag erledigt sei. Sie bitte darum, dass es nicht nur bei einem Kurs bleibe, sondern dass dieser mehrmals angeboten werde.

17. Antrag der BfB-FDP/BIG – Baubeginn Hochwasserrückhaltebecken Oppenweiler

Der Vorsitzende verliest den Antrag: „Die Verwaltung legt dem Gremium einen verbindlichen Baubeginn des Rückhaltebeckens Oppenweiler mit Bauzeitenplan vor. Begründung: Seit Oktober 2013 ist die Einigung mit dem Mühlenbesitzer abgeschlossen. Einem Bau des Regenrückhaltebeckens steht demnach nichts mehr im Wege. Der Baubeginn sollte bereits am 2.12.2019 erfolgen und zum 26.7.2024 fertiggestellt sein. (vgl. Bauzeitenplan Wasserverband MurrtaI)“

Er führt anschließend anhand einer Präsentation (siehe Anlage) aus:

In der GR-Sitzung am 03.02.2022 ist ein umfassender Bericht zu den Hochwasserschutzmaßnahmen sowohl des Wasserverbands MurrtaI als auch der Stadt Backnang geplant. Zudem informiert die Stadtverwaltung über den aktuellen Stand der Planungen zum Starkregenrisikomanagement.

Stadträtin Klinghoffer zeigt sich damit einverstanden und der Antrag sei erledigt.

18. Antrag der BfB-FDP/BIG – Präsentation Hochwasser-Spundwände

Herr Kaltenleitner verliest den Antrag: „Die Verwaltung stellt dem Gemeinderat und den interessierten Bürgern in einer Vor-Ort-Präsentation die Funktionalität der Hochwasser-Spundwände in der Talstraße vor. Dieser Termin soll im Sommer 2022 stattfinden. Begründung: Aufwand des Aufbaus, Funktionalität und Zeitaufwand zum Verständnis für alle.“

Er führt anschließend anhand einer Präsentation (siehe Anlage) aus:

Das Angebot für eine Vor-Ort-Präsentation wird im Rahmen der jährlichen Funktionsprüfung im Sommer 2022 geschaffen. Ein Termin wird dazu rechtzeitig öffentlich bekanntgegeben.

Stadträtin Klinghoffer zeigt sich damit einverstanden und teilt mit, dass der Antrag erledigt sei. Dies gebe den Bürgern Sicherheit.

19. Antrag der BfB-FDP/BIG – Gleichbehandlung Grundstücksbesitzer IBA Gelände

Baudezernent Setzer verliest den Antrag: „Stellungnahme der Verwaltung zur Gleichbehandlung von Grundstücksbesitzern im Zusammenhang mit der Bebauung des IBA Geländes. Begründung: Um mögliche Interessenskonflikte aufzulösen, die Geschwindigkeit im Planungsverfahren zu erhöhen und Hindernisse aus dem Weg zu räumen, bedarf es der Gleichbehandlung aller Grundstückseigentümer. Ein Ausgleichsverfahren muss auf alle

Grundstückseigentümer angewendet werden und dies im gleichen Verhältnis. Nur so entsteht Einvernehmen unter allen Eigentümern.“

Er führt anschließend anhand einer Präsentation (siehe Anlage) aus:

Grundsätzlich hängt die Umsetzung des Quartiers Backnang-West von der Mitwirkungsbereitschaft der Grundstückseigentümer ab. Diese Mitwirkung kann abschließend nur erreicht werden, wenn alle Interessenslagen berücksichtigt werden. Wesentlicher Bestandteil der Arbeit der Stadtverwaltung ist es daher, mit den Grundstückseigentümern Einvernehmen über die städtebaulichen Ziele der IBA zu erreichen. Hierzu finden in regelmäßigen Abständen Workshops mit allen Beteiligten (Grundstückseigentümer, Planungsbüros, Stadtverwaltung) statt, in denen fortlaufend über den aktuellen Planungsstand informiert wird. In diesem Zusammenhang finden auch Gespräche über den Erwerb oder den Tausch von Grundstücken statt. Die Stadtverwaltung ist sehr zuversichtlich, dass der angestrebte Interessensausgleich gelingen wird. Sobald hierzu wesentliche Ergebnisse erzielt wurden, wird die Stadtverwaltung im Gemeinderat berichten.

Stadträtin Klinghoffer teilt mit, dass es primär um die Firma Tesat ginge. Mit dem Vorgehen sei man einverstanden und der Antrag erledigt.

20. Antrag der BfB-FDP/BIG – Verlängerung der Auf- und Abfahrten B14

Baudezernent Setzer verliest den Antrag: „Die Verwaltung möge engagiert auf eine Verlängerung der Fahrspuren an den Ab- und Auffahrten zur Staureduzierung an der neuen B14 an entscheidender Stelle Einfluss nehmen. Begründung: Der Verkehrsfluss, insbesondere während der Stoßzeiten, ist insbesondere an den B14 Ab- und Auffahrten gestört. Dies nimmt entscheidenden Einfluss auf den fließenden Verkehr, da sich ein Rückstau bildet. Eine Verlängerung der Spuren würde effizient Abhilfe schaffen, so z.B. auf der B14 Fahrtrichtung Stuttgart-Backnang, beim Abzweig Opti Richtung in Waldrems.“

Er führt anschließend anhand einer Präsentation (siehe Anlage) aus:

Im Rahmen der Verbesserung der verkehrlichen Leistungsfähigkeit wurde dieser Aspekt vom RP Stuttgart geprüft und entsprechende Lösungsvorschläge erarbeitet. Das RP Stuttgart wurde von der Stadtverwaltung eingeladen, um im Rahmen einer Gemeinderatssitzung über den aktuellen Planungsstand zum Weiterbau der B 14 zu berichten.

Stadträtin Klinghoffer bittet darum, dass die Abstimmung kurzfristig erfolgen solle.

Stadtrat Scheib teilt mit, dass es ebenfalls um die Kreuzung am Möbelhaus „Opti“ gehe.

Baudezernent Setzer teilt mit, dass es sich um einen Interimszustand handle und dieser nicht erneut ausgebaut werde.

Stadträtin Klinghoffer teilt mit, dass der Antrag erledigt sei.

Anträge der AfD-Fraktion

1. Antrag der AfD-Fraktion

Herr Zipf verliest den Antrag: „Umrüstung der „Parkster“-Parkautomaten auf Wechselgeldausgabe. Begründung: Die eigene Erfahrung am Parkster-Automat Albertstraße/Eduard-Breuninger-Straße hat gezeigt, dass es unter Umständen schwer bis unmöglich ist, seine Parkgebühren problemlos zu entrichten.

Nach einem längeren Gespräch mit einem Ordnungsbeamten zeichnete sich ab, dass sehr viele Bürger, vor allem ältere ohne entsprechende technische Möglichkeit wie Smartphone, sich beschwerten, dass man an den Parkster-Automaten nur passgenau bezahlen kann.

Wir bitten die Stadt um Prüfung und Auskunft, ob eine Umrüstung möglich ist.“

Er führt anschließend anhand einer Präsentation (siehe Anlage) aus:

Die Stadt Backnang hat Anfang Oktober dieses Jahres mit dem Betreiber Parkster das sog. Handyparken eingeführt. Das Handyparken bietet die Möglichkeit per Mobiltelefon die Parkgebühr bargeldlos zu entrichten, ohne dass man die städtischen Parkscheinautomaten verwenden muss.

Gleichzeitig kann der Parkschein auch weiterhin wie bisher über die städtischen Parkscheinautomaten in bar gelöst werden.

Im Zuge der Einführung wurden die vorhandenen städtischen Parkscheinautomaten lediglich mit einer „Parkster“-Beschilderung versehen, die auf die digitale Zahlungsmöglichkeit über die Parkster-App hinweist und den neuen Zahlweg erläutert. Es handelt sich dabei nicht um „Parkster“-Parkautomaten.

Parkscheinautomaten mit Wechselgeldausgabe sind wartungsintensiv und haben ein erhöhtes Diebstahlrisiko. Die Verwaltung rät deshalb von einer Umrüstung der städtischen Parkscheinautomaten ab.

Stadtrat Malcher teilt mit, dass dies von den Mitarbeitern des Ordnungsdienstes der Stadt Backnang sowie von einigen Bürgern bemängelt wurde. Er merkt an, dass die Handhabung von „Parkster“ schwierig sei. Sofern die Umrüstung zu kostenintensiv und aufwendig sei, könne man nichts machen und der Antrag sei mit der Stellungnahme erledigt.

Anträge der CIB-Fraktion

1. Antrag der CIB-Fraktion - Bedarfsabfrage der Kinderbetreuung in Backnang

Erster Bürgermeister Janocha verliest den Antrag: „Die Stadt lässt eine Stichtagsuntersuchung bei den Eltern der 0- bis 3-jährigen Backnanger durchführen. Themen: Derzeitige Kinderbetreuung und Wünsche zu deren Veränderung. Voraussetzungen und Ressourcen, die die Eltern zur Verwirklichung dieser Wünsche brauchen.“

Er führt anschließend anhand einer Präsentation (siehe Anlage) aus:

Im Rahmen einer JSA im Jahr 2022 wird über eine Bedarfsabfrage abgestimmt.

Stadtrat Schweizer bittet darum, den Antrag nochmals formgerecht einreichen zu können. Mit der Abstimmung im JSA sei er einverstanden.

Anträge der Backnanger Demokraten

1. Antrag der Backnanger Demokraten – Klimamanagement

Baudezernent Setzer verliest den Antrag: „Die Stadt Backnang möge beim neu eingesetzten Menschen für Klimamanagement einen ausreichenden Stellenteil für die Bilanzierung des Kohlenstoffdioxids in städtischem Wald einplanen, um die Klimafolgen dem Nutzen des Holzeinschlags gegenüber zu stellen und die Klimabilanz des Waldes durch angemessene Maßnahmen zu steigern. Darüber hinaus verzichtet die Stadt auf geplante Einnahmen aus Holzeinschlag.“

Er führt anschließend anhand einer Präsentation (siehe Anlage) aus:

Die Erstellung einer vollumfänglichen CO₂-Bilanz ist wesentlicher Bestandteil des Klimaschutzkonzeptes und wird durch das beauftragte externe Fachbüro erfolgen.

Der Vorsitzende verweist auf den Forstbetriebsplan.

Stadtrat Dyken zeigt sich damit einverstanden und teilt mit, dass der Antrag damit erledigt sei.

2. Antrag der Backnanger Demokraten - Taubenschlag

Der Vorsitzende verliest den Antrag: „Die Stadt Backnang möge einen Taubenschlag oder ein Taubenhaus in, auf oder am Verwaltungsgebäude Am Biegel 13 einrichten, um die Photovoltaik vor Schäden durch darunter nistende Tauben zu bewahren und eine bessere Geburtenkontrolle zu ermöglichen. Hierzu möge die Stadt auch die Mittel für die Betreuung der städtischen Taubenschläge so aufstocken, dass diese wegen regelmäßigem Futterangebots besser angenommen werden und ein Austausch der Eier in größerem Umfang erfolgen kann.“

Er führt anschließend anhand einer Präsentation (siehe Anlage) aus:

Im Rahmen eines runden Tisches unter Leitung von Herrn OB Friedrich, werden zusammen mit Fachleuten Maßnahmen und Strategien zur nachhaltigen Eindämmung der Taubenplage in Backnang erarbeitet. Diese werden im Nachgang im Gemeinderat vorgestellt.

Stadtrat Dyken teilt mit, dass die Kosten direkt im Haushalt veranschlagt werden müssen.

Baudezernent Setzer teilt mit, dass zunächst ein Gebäude gefunden werden müsse.

Stadträtin Sturm bittet darum, nicht nur die Kernstadt zu betrachten.

Der Vorsitzende verweist auf den Runden Tisch.

Stadtrat Dyken zeigt sich einverstanden und teilt mit, dass der Antrag erledigt sei.

3. Antrag der Backnanger Demokraten - Trinkwasserbrunnen

Baudezernent Setzer verliest den Antrag: „Die Stadt möge Standorte für Trinkwasserbrunnen in der Innenstadt und im Bereich Annonyananlage-Bleichwiese prüfen, um die Aufenthaltsqualität vor allem im Sommer zu verbessern und den Menschen, die sich in diesen Bereichen aufhalten, die Möglichkeit zu eröffnen, sich mit selbst mitgebrachten Behältnissen zu versorgen. Dies ist zugleich ein Beitrag zur Reduzierung der Plastikmenge und somit zur nachhaltigen Selbstversorgung.“

Er führt anschließend anhand einer Präsentation (siehe Anlage) aus:

Die Stadtverwaltung ist ebenfalls der Überzeugung, dass Wasser einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der Aufenthaltsqualität in der Stadt leisten kann. Sie prüft deshalb gemeinsam mit den Stadtwerken die Realisierung von Trinkwasserbrunnen in der Stadt.

Stadtrat Dyken teilt mit, dass der Antrag erledigt sei.

4. Antrag der Backnanger Demokraten - Bürgerhaushalt

Herr Mäule verliest den Antrag: „Die Stadt möge zeitnah einen angemessenen Stellenteil am Hauptamt zur Vorbereitung eines Bürger:innenhaushalts 2023 schaffen. Hierzu wird ein Erfahrungsaustausch mit der Landeshauptstadt Stuttgart angeregt.“

Er führt anschließend anhand einer Präsentation (siehe Anlage) aus:

Wird im Rahmen der Klausurtagung des Gemeinderats thematisiert.

Stadtrat Dyken zeigt sich einverstanden. Der Antrag sei damit erledigt.

Der Gemeinderat

beschließt

einstimmig:

1. Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2022 und Finanzplan mit Investitionsprogramm 2021 – 2025 der Stadt Backnang

Die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2022 sowie der Finanzplan mit Investitionsprogramm 2021 – 2025 der Stadt Backnang werden entsprechend dem von der Verwaltung vorgelegten Haushaltsplanentwurf beschlossen. Der Wortlaut der Haushaltssatzung ergibt sich aus der Anlage 1 zu dieser Vorlage.

2. Wirtschaftsplan 2022 des Eigenbetriebs Stadtentwässerung Backnang

Der Wirtschaftsplan 2022 des Eigenbetriebs Stadtentwässerung Backnang wird entsprechend des als Anlage 2 zu dieser Vorlage beigefügten Festsetzungsbeschlusses beschlossen.

3. Wirtschaftsplan 2022 des Eigenbetriebs Baulandentwicklung Backnang

Der Wirtschaftsplan 2022 des Eigenbetriebs Baulandentwicklung Backnang wird entsprechend des als Anlage 3 zu dieser Vorlage beigefügten Festsetzungsbeschlusses beschlossen.

Große Kreisstadt Backnang

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Gemeinderates am 9. Dezember 2021 -Öffentlich-	Anwesend: Oberbürgermeister Friedrich Erster Bürgermeister Janocha als Vorsitzender und 25 Stadträte; Normalzahl 26
--	---

§ 116

Verlängerung des Stadtticket Backnang für den Linienbusverkehr innerhalb des Stadtgebietes

Der Vorsitzende teilt mit, dass man gerne auf einen Sachvortrag verzichten würde und verweist auf die Sitzungsvorlage:

Mit Zustimmung des Gemeinderates in der öffentlichen Sitzung am 12. Dezember 2019 wurde für die Durchführung des öffentlichen Personennahverkehrs in der Stadt Backnang mit ihren Stadtteilen und Teilorten, die Einführung des StadtTickets zum 01.04.2020, befristet bis 31.03.2022 eingeführt. Die erste Evaluierung wurde in der öffentlichen Sitzung des Verwaltungs- und Finanzausschusses am 11.02.2021 vorgetragen.

Die VVS GmbH hatte auf der Grundlage der von ihr prognostizierten Abverkäufe des StadtTickets Backnang zunächst mit einer jährlichen Ausgleichszahlung der Stadt in Höhe von rund 150.000,- Euro kalkuliert. Da die Nutzung des StadtTickets, in Folge der Coronapandemie nicht den Stand der von der VVS GmbH prognostizierten Absätze erlangte, wurde die monatliche Zahlung im Oktober 2020 vorerst ausgesetzt. Zum 15.12.2020 erhielt die Stadt auf die bereits geleisteten 70.000,- Euro eine Rückerstattung in Höhe von 40.000,- Euro. Nach der Ende Januar 2021 eingegangenen Spitzabrechnung erfolgte eine weitere Rückzahlung der VVS GmbH an die Stadt in Höhe von 25.741,72 Euro für das Jahr 2020 verblieb bei der Stadt zunächst der von ihr bereits geleistete Ausgleichsbetrag in Höhe von insgesamt 4258,28 Euro. Zum 01.01.2021 wurden die monatlichen Abschlagszahlungen vorläufig auf 1000,- Euro herabgesetzt.

Mitte April 2021 hatte die Friedrich Müller Omnibus GmbH für die Stadt Backnang und andere Kommunen festgestellt, dass sich in ihren Busdruckern noch nicht abgerechnete StadtTickets befanden. Die Tatsache, dass die Inanspruchnahme des StadtTickets Backnang höher war als bislang angenommen, ist einerseits erfreulich, auf der anderen Seite musste die Stadt einen zusätzlichen Ausgleichsbetrag in Höhe von 13.713,92 Euro nachzahlen. Dieser wurde unter Berücksichtigung der letztes Jahr geltenden unterschiedlichen Umsatzsteuersätze

abgerechnet. Für das Jahr 2020 sind somit insgesamt 30.000,- Euro geleistet worden.

Auf der Grundlage der günstigeren Prognose wurde die vorläufige Abschlagszahlung in Höhe von 1000,- Euro ab 01. September 2021 auf monatlich 7000,- Euro erhöht.

Aus der beigefügten vorläufigen Aufstellung der VVS GmbH mit Stand 04.11.2021 (siehe Anlage) ist eine deutlich angestiegene Nutzung des StadtTickets zu entnehmen, die eine unbefristete Verlängerung des Vertrages nahelegt. Der Vertrag verlängert sich um jeweils ein weiteres Jahr, wenn er nicht bis zum 30.06. des jeweiligen Vorjahres schriftlich gekündigt wird. Die Stadt behält damit die Möglichkeit, entsprechend der jeweils aktuellen Entwicklung über die Fortführung des StadtTickets zu entscheiden.

Nachrichtlich wird mitgeteilt, dass die VVS-Gremien am 24.07.2018 die einheitliche Anwendung im gesamten VVS-Gebiet für das vergünstigte StadtTicket beschlossen haben. Abweichende Vergünstigungen von der Regelung, Einzelticket für 3 Euro und ein Gruppentagesticket (max. 5 Personen) für 6 Euro, werden von der VVS GmbH nicht mitgetragen. Zum 01.04.2022 plant die VVS GmbH., vorbehaltlich der Zustimmung ihrer Gremien, eine Preiserhöhung auf voraussichtlich 3,20 Euro bzw. 6,40 Euro. Das StadtTicket Backnang berechtigt weiterhin einen Tag zu beliebig vielen Fahrten und am Folgetag noch bis 7.00 Uhr, im gesamten Stadtgebiet mit allen Teilorten, inklusive der S-Bahn-Fahrt zwischen Backnang und Maubach. Das StadtTicket kann im Bus, per Handy und im Reisezentrum am Bahnhof erworben werden. Eine weitergehende Lösung, bei der sich mehrere Kommunen für ein StadtTicket zusammenschließen wird bislang nicht mitgetragen.

Die VVS GmbH benötigt die Entscheidung der Stadt, damit rechtzeitig die für die Verlängerung notwendigen Schritte noch Anfang Dezember 2021 eingeleitet werden können.

Das Gremium zeigt sich einverstanden.

Der Gemeinderat

beschließt

einstimmig bei zwei Enthaltungen:

1. Es wird zugestimmt, dass der bis zum 31.03.2022 befristete Vertrag zwischen der Stadt Backnang und der Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart GmbH (VVS GmbH) über das Angebot eines StadtTickets Backnang, derzeit 3-Euro-Tagestickets für Einzelpersonen und ein 6-Euro-Tagestickets für bis zu 5 Personen, unbefristet verlängert wird.

2. Der Vertrag verlängert sich um jeweils ein weiteres Jahr, wenn er nicht bis zum 30.06. des jeweiligen Vorjahres schriftlich gekündigt wird.

Große Kreisstadt Backnang

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Gemeinderates am 9. Dezember 2021 -Öffentlich-	Anwesend: Oberbürgermeister Friedrich Erster Bürgermeister Janocha als Vorsitzender und 25 Stadträte; Normalzahl 26
--	---

§ 117

Anfragen

Stadtrat Degler merkt an, dass es einen Antrag der AfD-Fraktion zum Bäderbetrieb und einer möglichen Rekommunalisierung der Bäder gegeben habe. Nun sei der Vertrag, um weitere fünf Jahre verlängert worden, ohne diesen Antrag zu bearbeiten. Man wolle an dieser Stelle keine Absicht unterstellen, sondern lediglich darum bitten, dass Anträge künftig ordentlich bearbeitet werden.